

Joachim Maiworm

**Rechtslibertärer Kapitalismus
Trump, Musk, Thiel & Co.**

Business Crime Control e.V.

Die autoritäre Revolution in den USA

Kapitalismuskritik sollte darin bestehen, ökonomische Verhältnisse zu analysieren statt sich am üblen und exzentrischen Verhalten einzelner Konzernlenker oder Vertreter der Politikerkaste abzuarbeiten. Um die autoritäre Entwicklung in den USA besser zu verstehen, kommt man an einer Personalisierung jedoch kaum vorbei.

Nach einem Viertel seiner zweiten Amtsperiode ist die Popularität Donald Trumps laut Umfragen in den USA deutlich gesunken. Dennoch hat der Präsident bereits zahlreiche seiner Wahlversprechen eingelöst. Migrant:innen wurden massenhaft abgeschoben, Steuererleichterungen für Reiche beschlossen, der Staatsapparat umgekrempelt und Teile der Medien und die Justiz auf Linie gebracht. In der turbulenten ersten Phase seiner Präsidentschaft hat sich Trump so auch gegen die öffentliche Meinung immunisiert – trotz schlechter Zustimmungswerte geht er seinen Weg offenbar unbeirrt weiter.

Ist Trump der Anführer eines Staatsstreichs ohne Panzer, ein Faschist, ein neuer Cäsar, der Mafia-Boss im Weißen Haus? Verschiedene Bezeichnungen werden in den Diskurs geworfen, um das Phänomen Trump und seinen bislang erkennbaren Regierungsstil „auf den Begriff“ zu bringen. Für die zweite Amtszeit Trumps als US-Präsident prognostizieren seine politischen Gegner zumindest nichts weniger als den Zusammenbruch der Demokratie, das Ende der verfassungsmäßigen Ordnung und einen neuen autoritären Kapitalismus.

Trump, Musk, Thiel: Besonders diese drei Männer stehen dabei in der Öffentlichkeit für die autoritäre Rechtswende in der amerikanischen Politik. Musk der Multi-Konzernlenker, Thiel der Investor, „Visionär“ und Ideologe im

Hintergrund, Trump der Immobilien-Tycoon im Oval Office. Sie sollen in dieser Sonderausgabe von BIG Business Crime im Mittelpunkt stehen, um den Trumpismus besser zu verstehen. Der Fokus wird dabei auf folgende Aspekte gerichtet:

1. Die umwelt- und menschenfeindliche Geschäftspolitik rechter Konzernchefs, dargestellt am Beispiel Elon Musks, dem auch in Deutschland von staatlicher Seite der rote Teppich ausgerollt wird.
2. Der in den letzten Jahren stärker thematisierte „Racket“-Ansatz, der rechte Regierungen im Zusammenhang mit ihren Netzwerken thematisiert und als Kern von Gangs und Beutegemeinschaften versteht.
3. Der Kampf von Donald Trump gegen das Recht, mit dem Ziel, die Justiz auf seinen politischen Kurs zu zwingen, demokratische Institutionen zu schleifen und damit das System von Checks and Balances auszuhöhlen.
4. Der Rechtslibertarismus als scharfer Angriff auf jede Form von Sozialstaatlichkeit, mit dem Ziel, alle gesellschaftlich relevanten Bereiche zu privatisieren und einen autoritären Minimalstaat einzuführen. Besonderes Augenmerk gilt dem philosophischen bzw. ideologischen Background, der das a-soziale, nämlich rechtslibertäre oder anarchokapitalistische Menschen- und Gesellschaftsbild politischer oder wirtschaftlicher Eliten erklärt – an den Beispielen Peter Thiel und Ayn Rand.
5. Der Rechtslibertarismus in Deutschland unter dem Motto: „Weniger Demokratie wagen!“.

Musk steht über dem Gesetz: Tesla in Brandenburg und die Konflikte um das autonome Fahren

Seine geschäftliche Biografie hatte etwas Atemloses. 2004 stieg Musk beim Elektroautobauer Tesla ein und übernahm dort bald die Macht. 2006 gründete er das Solarstromunternehmen Solar City. Er lancierte Start-ups für Hochgeschwindigkeitszüge und Tunnelbohrungen. Er bewegte keine Bits, sondern Atome, und zwar in gewaltigem Ausmaß. Und weil er seine Unternehmungen mit einer Aura aus Ideen und Idealen umgab, galt er bald schon als Visionär. Eine Ausnahmeerscheinung in der Elite der Big-Tech-Milliardäre, die ihre jeweiligen Monopole auf Kosten ihrer Belegschaften und der Allgemeinheit mit einer Rücksichtslosigkeit verteidigten, die immer offensichtlicher wurde. Dass auch er seine Angestellten bis über die Belastungsgrenzen hinaus quälte und hinter seinen Plänen für die Zukunft der Menschheit vor allem eine handfeste Profilneurose steckte, wurde erst später klar.“ (Kreye, Seite 273f.)

Auch in Deutschland galt Autoproduzent Tesla lange Zeit als Erfolgsgeschichte. Als Elon Musk im Herbst 2019 den Bau der ersten europäischen „Gigafactory“ in Brandenburg ankündigte, war die Euphorie groß. So rühmte sich die Politik des beschleunigten „Tesla-Tempos“ bei der Ansiedlung des Unternehmens – und „lieferte sich zugleich Elon Musks Unternehmen aus“, wie der Stern im Herbst 2023 schrieb (Esser et al., Seite 24). Damals veröffentlichte das Magazin die Ergebnisse einer Recherche über das Tesla-Werk in der ostdeutschen Provinz. Es wurden gravierende Verstöße gegen Arbeitsschutz- und Umweltauflagen festgestellt, die die Politik offenbar tatenlos tolerierte. Die Vorwürfe des Stern beruhten teils auf Dokumenten, die der Redaktion vorlagen, teils auf Aussagen von Betroffenen, die über selbst erlittene Unfälle berichteten und auf Be-

obachtungen von zwei Reporterinnen, die in die Gigafabrik eingeschleust werden konnten.

Die von Adrian Kreye angeführte „Rücksichtslosigkeit“ des Elon Musk lässt sich anhand von drei Beispielen aufzeigen, die auch die Mitverantwortung der staatlichen Instanzen deutlich werden lässt.

- Bei der Ansiedlung der Gigafabrik in Grünheide bedienten sich die staatlichen Behörden eines Tricks, der es erlaubte, das gesamte Werk ohne abschließende Genehmigung zu errichten.
- Die Produktionsstätte Tesla war und ist eine „Mitarbeiterhölle“.
- Teslas „Autopilot“ (Fahrassistenzsystem) führte international bisher zu über tausend zum Teil lebensbedrohlichen und sogar tödlichen Unfällen.

In ihrem im Februar 2025 erschienenen Buch konstatiert Heidemarie Schröder, langjährig in regionalen Initiativen gegen den Bau des Tesla-Werks im brandenburgischen Grünheide engagiert, dass die Ansiedlung an diesem Ort vor allem eine politische Entscheidung war. Die Pläne Elon Musks seien auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene, auf Seiten der Parteien und der meisten Medien ausdrücklich begrüßt worden – wegen der Produktion von Elektrofahrzeugen („grüner Kapitalismus“) und der zu erwartenden Tausenden von Arbeitsplätzen.

Die Ansiedlung der Gigafabrik

Der Standort eignete sich jedoch aus verschiedenen Gründen nicht für die Errichtung einer E-Autofabrik. Dabei fokussierte sich die Diskussion zum einen auf das Thema Wasser. Denn es handelt sich bei der Region rund um

Grünheide um eines der trockensten Gebiete Deutschlands und um ein Trinkwasserschutzgebiet. Zum anderen wurde und wird ein ehemaliges geschlossenes und ökologisches wertvolles Waldgebiet zerstört.

Zur Produktion von Elektrofahrzeugen und zur Batteriezellfertigung werden Stoffe verwendet, die das Grundwasser gefährden können. „Beste verfügbare Techniken zum Schutz des Grundwassers kamen nicht flächendeckend zum Einsatz. Das Tesla-Werk hätte deshalb nie in dem Trinkwasserschutzgebiet erbaut werden dürfen.“ (Schröder, Seite 53f.) Zudem stand der regionale Wasserversorger schon bevor Tesla kam vor dem Problem, nicht mehr Grundwasser für seine Kunden fördern zu können, als neu gebildet wurde. Die Trinkwassersicherheit einer ganzen Region wurde also aufs Spiel gesetzt. Daneben entstand die Fabrik in einem geschlossenen Waldgebiet, so dass 308 Hektar inmitten eines ehemaligen Landschaftsschutzgebietes gefällt wurden. Im Jahr 2001 war das Tesla-Areal vom Landschaftsschutz befreit worden, als das Land Brandenburg eine Autofabrik von BMW ansiedeln wollte, wozu es letztlich nicht kam. Juristisch gesehen handelte es sich beim Baustart 2020 also nicht mehr um ein schützenswertes Gebiet – real natürlich schon, denn der Wald aber war ja nach wie vor intakt.

Dass Elon Musk alle Wünsche von den Lippen abgelesen wurde, zeigt das Genehmigungsverfahren der Gigafabrik. „Schon die Genehmigung von Tesla war ein Husarenstück, das bundesweit einmalig war“, stellte Heidemarie Schröder in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau fest (vgl. Göpfert). Denn zur Genehmigung wurde das Bundesimmissionsschutzgesetz (BlmSchG) herangezogen, das inhaltlich völlig ungeeignet war. Das Gesetz regelt den Umgang mit Schadstoffen aus der Abluft eines Betriebes, die bei Tesla von eher untergeordneter Bedeutung sind. Vielmehr hätte das Wasserhaushaltsgesetz angewendet werden müssen. „Auch wegen des Hineinwirkens der Gesetze in Raum und

Zeit. Ein Genehmigungsverfahren nach dem Wasserhaushaltsgesetz muss immer auch einbeziehen, ob und welche Einflüsse das Einzelprojekt auf sein Umfeld, im Falle Tesla eine ganze Region, haben wird. Und welche Auswirkungen es nach einigen Jahren oder Dekaden zeitigen wird.“ (Schröder, Seite 106)

Das Wasserhaushaltsgesetz hätte als Grundlage des Verfahrens dienen müssen – wegen der Eingriffe in den Wasserhaushalt, aber auch der potenziellen Folgen, die die Batteriefabrik und alle weiteren Ausbaustufen des Werks bewirken. Das BlmSchG aber wurde gewählt, weil es sukzessive Teilerlaubnisse bei einer Werkerrichtung ermöglicht. So wurden Tesla nach und nach insgesamt 19 Teilzulassungen von den Landesbehörden erteilt. „Die abschließende Gesamtgenehmigung gab es erst am Tag der Eröffnung! Eine Verweigerung der Genehmigung und die Wiederherstellung des Ausgangszustandes, wie es das Bundesimmissionsschutzgesetz vorsieht, war damit völlig ausgeschlossen.“ (Göpfert, Frankfurter Rundschau)

Der Paragraph 8a des BlmSchG erlaubt es, schon vor Erteilung der Genehmigung mit einem Vorhaben zu beginnen, sofern mit „einer Entscheidung zugunsten des Antragstellers gerechnet werden kann“, eine Genehmigung also wahrscheinlich ist. Bei einem negativen Bescheid trägt das Unternehmen das Risiko, muss unter Umständen den „früheren Zustand wiederherstellen“ und die Kosten übernehmen. Üblicherweise wird diese Regelung genutzt, wenn erste Maßnahmen vorgenommen wurden (zum Beispiel Vorbereitungen einer Baufläche) und das Genehmigungsverfahren bereits weit fortgeschritten ist (vgl. Schwarzbuch Tesla, Seite 11). Bei Tesla aber erfolgte die Rodung des Waldes bereits, als noch gar nicht alle notwendigen Untersuchungen vorlagen. Wäre die Genehmigung letztlich nicht erteilt worden, hätte der „frühere Zustand“, also der Wald, nicht wiederhergestellt werden können. Tatsächlich hätte die Genehmigungsbehörde die Genehmigung nicht mehr ver-

weigern und einen Rückbau fordern können – dem standen schlicht die politischen Machtverhältnisse im Weg: „Denn das hätte die Landesregierung politisch nicht überlebt.“ (ebd.) Dass das Genehmigungsverfahren faktisch eine Farce war, nicht ergebnisoffen, sondern politisch vorgegeben, unterstreicht auch Annermarie Schröder:

„Das bedeutet, dass es für die Genehmigungsfähigkeit des Tesla-Vorhabens völlig irrelevant war, ob vielleicht erst die Batteriefabrik, die der Autofabrik nachfolgen würde, inakzeptable Gefährdungen des Grundwassers mit sich bringen würde oder auch erst die reine Menge der in der dritten und vierten Ausbaustufe zur Anwendung kommenden trinkwassergefährdenden Stoffe ein Problem darstellen würde. Ob die kommenden Ausbaustufen der Fabrik mit Industrie, Gewerbe und Wohnbebauung, die im Tesla-Cluster folgen würden, den lokalen Wasserversorger an seine Grenzen bringen würden oder nicht, war für die Genehmigung der ersten Ausbaustufe nach Maßgabe des BImSchG ebenfalls ohne Relevanz.“ (Schröder, Seite 106)

Nach Brandenburgs damaligem Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) war die Fertigstellung des Werks in Rekordzeit nur deshalb möglich, weil Tesla diese „Lücke“ im Gesetz entdeckt hätte. Schröder hält dem entgegen, es sei vielmehr davon auszugehen, dass nicht Tesla die Lücke entdeckt habe, sondern diese Tesla bzw. seinen Anwälten gezeigt worden sei (Schröder, Seite 107).

Die Fraktion Die Linke im Brandenburger Landtag zieht in ihrem „Schwarzbuch“ folgendes Fazit:

„Tesla wurden wie keinem anderen Unternehmen die Wege geebnet, Wünsche vom Mund abgelesen, Kosten zu Lasten der öffentlichen Hand übernommen, Fehler und Vergehen nachgesehen, Verfahrensregelungen bis an oder über die Grenze des Zulässigen zugunsten des Unternehmens zurechtgebogen. Das ist sogar wissenschaftlich bestätigt: Eine

Untersuchung des Leibnitz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung bescheinigt dem Genehmigungsverfahren fehlende Ergebnisoffenheit unter hohem politischem Druck.“

Mitarbeiterhölle Tesla

Tesla wurden beim Werksbau alle behördlichen Steine aus dem Weg geräumt. Von einer nachdrücklichen Kontrolle der innerbetrieblichen Vorgänge ist auch nichts bekannt. Denn Tesla ist mittlerweile berüchtigt für auffällig viele Arbeitsunfälle in seinen Fabriken. Die Stern-Recherche vor drei Jahren ergab bereits, dass das Werk vor den Toren Berlins die Umwelt, die Anwohner:innen und die Mitarbeiter:innen gleichermaßen gefährdet: Fast täglich ereignen sich demnach Unfälle mit schweren und schwersten Verletzungen. In keinem anderen Autokonzern in Deutschland seien so viele Menschen Opfer von Arbeitsunfällen wie bei Tesla, heißt es in dem Artikel.

Heidmarie Schröder ergänzt, dass der Lohn für Facharbeiter bei Tesla um etwa 20 Prozent unter dem tariflichen Lohn liege, für ungelernte Arbeitskräfte klappe die Lücke noch weiter. Ähnliches gelte auch für die Arbeitszeit. Hier sei man schon weit entfernt von der 35-Stunden-Woche, die die IG Metall im Berliner Südwesten bei Mercedes durchsetzte. Ein belastendes Schichtsystem und häufige Mehrarbeit an Wochenenden erhöhten die generell hohe zeitliche Belastung.

Ein Artikel des Handelsblatts enthüllte im Jahr 2023 „Teslas Krankenpatrouille“. Die Story machte Schlagzeilen, denn der damalige Werksleiter in Grünheide hatte zusammen mit seinem Personalchef unangekündigt Hausbesuche bei erkrankten Mitarbeitern gemacht. Zuvor hatte er während einer Betriebsversammlung Mitarbeitende gerügt, die angeblich auf Kosten ihrer Kollegen krankfeiern würden. Als Konsequenz erhielten 500 Leiharbeiter, die nie oder nur sehr selten krank waren, Festanstellungen (vgl. Schröder, Seite 87f.). Kontrollbesuche, so Iwersen/Verfürden, seien das perfekte Sinnbild für die toxi-

sche Unternehmenskultur bei Tesla (Iwersen/Verfürden, Seite 177). Fallen Leute wegen Krankheit aus, erhöht sich der Arbeitsdruck in der Produktion. Aber mehr Personal würde deshalb nicht eingestellt und auch das Band nicht langsamer laufen, erklärte der Leiter des deutschen Tesla-Werks gegenüber der Zeit: „Das würde bedeuten, dass wir das Problem akzeptieren, das tun wir aber nicht.“ (Die Zeit vom 24. Juli 2025)

Die Schwierigkeiten der Belegschaft mit der Unternehmensführung werden nicht kleiner. Ende 2025 kündigte Tesla an, in Grünheide künftig auch Batterien für seine Elektroautos herstellen zu wollen und weitere 100 Millionen Euro zu investieren. Werksleiter André Thierig nutzte die Ausbaupläne offenbar, um mit Blick auf die anstehenden Betriebsratswahlen im März 2026 Stimmung gegen die Gewerkschaft IG Metall zu machen. „Ich persönlich“, sagte er laut Neues Deutschland auf einer Betriebsversammlung, „kann mir nicht vorstellen, dass Elon, dass unser Board sich für den Ausbau der Fabrik entscheiden würde, wenn die Wahl mehrheitlich Richtung IG Metall ausfällt.“ Die Gewerkschaft kämpft seit Jahren um Einfluss in der Fabrik, bei den letzten Betriebsratswahlen wurden aber mehrheitlich managementnahe Listen gewählt. Ziel der IG Metall ist zudem der noch ausstehende Abschluss eines Tarifvertrages. Die Fabrikleitung setzt auf Konfrontation: „Wir haben noch nie mit der IG Metall verhandelt und werden das auch in Zukunft nicht tun“, äußerte sich der Werksleiter noch im Oktober 2025.

Denn Elon Musk favorisiert eher chinesische Verhältnisse, die er auch gerne in Deutschland und den USA einführen würde. Zitat Schröder:

„Informiert man sich, welche Arbeitsleistungen dem Tesla-Chef Elon Musk scheinbar ‚warm ums Herz‘ werden lassen, stößt man auf die Verhältnisse in dem chinesischen Tesla-Werk in Shanghai. Während des Corona-Lockdowns war es den dort Beschäftigten im Rahmen eines sogenannten ‚Closed-Loop-Systems‘ un-

tersagt, das Werk zu verlassen. Der Guardian zitierte Musk mit den Worten: ‚In China gibt es einfach eine Menge sehr talentierter und hart arbeitender Menschen, die fest an die Produktion glauben. Und sie werden nicht nur um Mitternacht schuften. Sie werden auch um drei Uhr morgens arbeiten. Sie werden also nicht einmal die Fabrik verlassen. In Amerika hingegen versuchen die Leute, gar nicht erst zur Arbeit zu gehen.‘ Doch nicht nur in Ausnahmesituationen wie einem Corona-Lockdown wird von Elon Musk solch extremer Einsatz bei seinen Arbeitern erwartet. Für die texanische Tesla-Megafactory kündigt der CEO an, dass sowohl die Ingenieure als auch Arbeiter sich darauf einstellen müssten, während der Fertigung eines neuen Billig-Teslas mit dem Codenamen ‚Redwood‘ am Fließband zu schlafen.“ (Schröder, Seite 87)

Da Musk von seinen Mitarbeitenden nicht weniger als absolute Loyalität und Hingabe erwartet, resümieren Iwersen/Verfürden: „Im System Musk ist Geschwindigkeit alles, Sicherheit nebensächlich und Widerspruch nicht vorgesehen.“ (Iwersen/Verfürden, Seite 177) Dazu gehöre, dass das Unternehmen seine Werke abschotte. Es würden Geheimhaltungsvereinbarungen mit den Mitarbeitenden abgeschlossen, schon vor den Bewerbungsgesprächen und zusätzlich zusammen mit dem Arbeitsvertrag. Auch setze Tesla ehemalige Geheimdienstmitarbeiter ein, um Jagd auf Whistleblower zu machen (Iwersen/Verfürden, Seite 187ff.). Dass die Personalfituation bei Tesla offensichtlich dreifach höher als bei vergleichbaren Unternehmen ist, verwundert deshalb kaum (Iwersen/Verfürden, Seite 178).

Tödliche Probleme mit dem „Autopiloten“

Eine anderes skandalöses Thema ist die teilweise menschenverachtende Entwicklung der in den Tesla-Modellen verbauten Technologie. Ein polnischer Whistleblower, der seit 2018 in einem norwegischen Lieferzentrum Teslas arbeitete, hatte Investigativjournalisten des

Düsseldorfer Handelsblatt mit mehr als 100 Gigabyte interner Daten über Mitarbeitende, Kunden und Geschäftspartnern versorgt. Das Wirtschaftsblatt begann daraufhin 2023 mit den ersten Enthüllungen über den Konzern. Zusätzlich wurde bei Kunden bzw. ihren Hinterbliebenen und bei Beschäftigten Teslas recherchiert. Unter anderem konnten schwere Sicherheitsmängel und Datenschutzprobleme aufgedeckt werden.

Einen Schwerpunkt bilden die massiven Probleme beim autonomen Fahren, das heißt mit den in den Fahrzeugen installierten Autopiloten. Die rühren letztlich daher, dass Musk seinen Konzern nicht einfach als einen Autohersteller versteht, sondern als Technologiekonzern, und seine Autos nicht als herkömmliche Fahrzeuge, sondern als „Computer auf Rädern, die miteinander vernetzt sind und voneinander lernen“ (Iwersen/Verfürden, Seite 207). Denn die Entwicklung des autonomen Fahrens bei Tesla beruht auf dem Grundsatz von Trial and Error:

„Weil Musk der Erste sein will, der dieses Ziel erreicht, lässt er seine Kunden den nicht ausgereiften Autopiloten im Straßenverkehr austesten. Es ist ein Prinzip, das Musk aus der Softwarebranche übernommen hat. Dort ist es seit jeher Usus, Apps in einer Beta-Version in Umlauf zu bringen. Je mehr Kunden sie nutzen, desto mehr Feedback erreicht den Hersteller. Nach einer Weile, oft sind es Jahre, entsteht so ein stabiles Produkt. Umsatz und Marktanteile sichern sich die Hersteller schon weit früher. Das Motto: Wer wartet, verliert. Musk hat diese Idee auf den Straßenverkehr übertragen. Seine Kunden sind seine Versuchskaninchen – dasselbe gilt für alle, die einem Tesla auf der Straße begegnen – ob nun in anderen Autos oder zu Fuß. Es ist eine radikale Idee, die den Absturz eines Programms gleichsetzt mit der Kollision eines tonnenschweren Fahrzeugs mit einem Fußgänger.“ (Iwersen/Verfürden, Seite 169)

Die Konsequenzen dieser Methode, eine nicht sichere Software in den Autos zu installieren,

sind brutal. Die Tesla-Files, deren Daten aus dem Zeitraum von 2015 bis 2022 stammen, enthalten mehr als als 2400 Beschwerden über Selbstbeschleunigungen und mehr als 1500 Probleme mit Bremsfunktionen, darunter eine Vielzahl an Fällen ungewollter Notbremsungen und Phantombremsungen infolge falscher Kollisionswarnungen. Die Zahl der daraus folgenden Unfällen beläuft sich auf mehr mehr als 1000 (vgl. Iwersen/Verfürden, Seite 98f.).

Der Fall des Schweizers Thomas Karl ist bezeichnend: Mit seinem Luxusauto erlebte er mehrfach Phantombreakings. So bremste sein Fahrzeug plötzlich vor einer Tunneleinfahrt, weil oben an der Einfahrt eine Ampel montiert war, die zwar ausgeschaltet war, aber vom Tesla als Rotlicht erkannt wurde (vgl. Iwersen/Verfürden, Seite 100). Über ein Dutzend Menschen sollen in den USA durch die fehlerhafte Software bereits ums Leben gekommen sein, berichtete T-Online am 22. März 2025.

Im Sommer 2022 verurteilte das Landgericht München Tesla dazu, einer Kundin den Großteil ihres Kaufpreises von 112.000 Euro zu erstatten, den sie für ein Model X bezahlt hatte. Auch ihre Beschwerde bezog sich darauf, dass das Assistenzsystem Hindernisse nicht zuverlässig erkenne und immer wieder unnötig abbremsen. Tesla argumentierte, dass der Autopilot nicht für den Stadtverkehr konzipiert sei – eine Begründung, die die Richterinnen nicht gelten ließ. „Einem durchschnittlichen Kunden sei nicht zuzumuten, den Autopiloten oder einzelne Fahrassistenzfunktionen zwischen Autobahn, Außerortsverkehr und Stadtverkehr händisch über das Zentraldisplay an- und auszuschalten. Blicke der Autopilot hingegen durchgängig aktiviert, stelle das „eine erhebliche Gefährdung insbesondere im innerstädtischen Verkehr für den Fahrer und den nachfolgenden Verkehr dar“ (Iwersen/Verfürden, Seite 114). Ein Gericht in Antwerpen stellte im Fall eines Tesla-Kunden, der ebenfalls Phantombremsungen erlebt hatte,

sogar fest, „dass sich das Fahrzeug nicht für den normalen Gebrauch eignet, für den es bestimmt war“ (ebd.).

Im Oktober 2024 allerdings siegte Tesla vor einem Gericht in Kalifornien, das eine Klage von Tesla-Aktionären abwies. Sie hatten beklagt, dass Musk den Kurs der Tesla-Aktie mit irreführenden Aussagen zum Autopiloten künstlich in die Höhe getrieben habe. Die Richterin entschied, dass Musks Äußerungen keineswegs irreführend seien. Die Argumentation der Firmenanwälte hatte sie überzeugt. Danach seien Musks Äußerungen nicht angreifbar, weil er lediglich übertreibe und protze. „Vage, verallgemeinernde Behauptungen über den Optimismus des Unternehmens oder bloßes Aufblasen (sind) keine einklagbaren wesentlichen Falschdarstellungen gemäß den Bundeswertpapiergesetzen, da kein vernünftiger Anleger auf solche Aussagen vertrauen würde.“ (zit. n. Iwersen/Verfürden, Seite 118) Der Begriff für diese Art der juristischen Verteidigung lautet „Puffery Defense“. Die Handelsblatt-Journalisten schreiben: „Die Firmenanwälte argumentieren im Streit um Musks Autopilot-Versprechen, dass die Ankündigungen des Tesla-Chefs, wonach die Technologie Full Self Driving ‚auf dem richtigen Weg‘ sei und ‚voraussichtlich Ende des Jahres‘ zur Verfügung stehen werde, nicht anfechtbare Aussagen von ‚corporate puffery‘ und Optimismus seien.“ (Iwersen/Verfürden, Seite 119) Anmerkung: „Puff“ ist als „reines Aufblasen, bloßes Geschwätz“ zu verstehen, „Puffery“ mit „marktschreierischem Anpreisen“ zu übersetzen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich auch Musks Image als Visionär oder die Heilsversprechen der Tech-Konzerne richtig einordnen. Viele Menschen weltweit sind kritisch geworden. Der Ausdruck „You got musked“ wird mittlerweile oft verwendet, um auf ganz allgemein auf leere Versprechungen hinzuweisen. Dass hinter dem glanzvollen Ruhm der Tech-Elite vom Silicon Valley nicht unbedingt viel „Visionäres“ steckt, hat der an der Univer-

sität Stanford lehrende Literaturwissenschaftler Adrian Daub so zusammengefasst:

„Man investiert das Geld anderer Leute, um die Arbeitskraft nochmals anderer Leute auszubehuten, und darf sich als wagemutig und risikobereit preisen lassen.“ (Seite 79)

Quellen:

Adrian Daub: Was das Valley denken nennt. Über die Ideologie der Techbranche, Berlin 2020

Christian Esser/Manka Heise/Tina Kaiser: „Außer Kontrolle“, Stern vom 29. September 2023, Seite 24-37

Claus-Jürgen Göpfert: „Tesla versucht, Widerstand zu unterdrücken“, Frankfurter Frundschau (Online) vom 10. April 2025

Max Hägler/Franziska Wunderlich: „Schindet Tesla seine Arbeiter?“, Die Zeit vom 24. Juli 2025

Sönke Iwersen/Michael Verfürden: Die Tesla-Files. Enthüllungen aus dem Reich von Elon Musk, München 2025

Adrian Kreye: Der Geist aus der Maschine. Eine superschnelle Menschheitsgeschichte des digitalen Universums, München 2024

Christian Lelek: „Tesla vor Betriebsratswahl: Werksausbau oder Gewerkschaft“, Neues Deutschland vom 23. Dezember 2025

Heidmarie Schröder: Eine Gigafabrik in Grünheide. Oder der Albtraum vom grünen Kapitalismus, Marburg 2025

„Schwarzbuch Tesla“, hrsg. von Fraktion Die Linke im Landtag Brandenburg, Mai 2024

T-Online: „Enthüllungen über Chaos bei Tesla: Und dann rastet Elon Musk komplett aus“, 22. März 2025

Rackets, Recht und Staat

Am 5. November 2024 gewann Donald Trump zum zweiten Mal die US-Präsidentenschaftswahl. An diesem Tag, so Harald Welzer in der taz, habe eine Mehrheit der amerikanischen Wähler:innen ihren Staat einer Gruppe von Superreichen überlassen, „die weder an Demokratie noch an Recht, weder an sozialer Gerechtigkeit noch an Emanzipation oder der Erhaltung der natürlichen Überlebensressourcen das geringste Interesse haben“. Denn von diesem Tag an besäßen sie neben dem vielen Geld und den wichtigsten Kommunikationsmitteln auch den Staat. Und keine Instanz werde ihnen im Weg stehen bei dem, was sie umzusetzen gedächten. Niemand der libertären Antidemokraten in Trumps Regierung sei in irgendeiner Weise dem liberalen Rechtsstaat und seinen Werten verbunden oder würde sich für Menschenrechte oder Klimapolitik interessieren. Diese Entwicklung lässt den taz-Autor an die Racket-Theorie Max Horkheimers aus den frühen 1940er Jahren denken, nach der früher oder später „die Herrschaft der Personen die Form des Gesetzes“ annimmt, wie Welzer anmerkt.

In den 1930er und 40er Jahren analysierte Max Horkheimer den Wandel vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus und wie sich daraus ein „autoritärer Staat“ bzw. der Faschismus entwickeln konnte. In seinem kurzen Text „Die Rackets und der Geist“ setzt er sich mit Banden- bzw. Clan-Strukturen auseinander, die in ihrer zunehmenden Dominanz letztlich sowohl den marktwirtschaftlichen Liberalismus wie auch das Recht außer Kraft setzten. Die Sphäre der Zirkulation als Fundament bürgerlicher Demokratie büßte demnach an Bedeutung ein und die Instanzen der Vermittlung (z. B. das Recht) wurden durch Formen unmittelbarer Herrschaft ersetzt, unter anderem durch die auf Macht und Gewalt gestützte unmittelbare Aneignung von Reichtum.

Nach dieser Prämisse verdrängten informelle und gewaltförmig-mafiotische Strukturen

mehr und mehr die rechtsstaatlichen Mechanismen und setzten sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fest. Deshalb verstand Horkheimer den NS-Staat als ein mafiotisches Ensemble von Gangsterstrukturen und dominanten Cliquen. Das Wort Racket entlehnte er der US-amerikanischen Umgangssprache, die damit ursprünglich Gruppen, kriminelle Banden oder Gangs bezeichnete, die Schutzgeld erpressen und dort, wo sie über wichtige gesellschaftliche Bereiche herrschen, parastaatliche Institutionen bilden.

In jüngster Zeit wird der Racket-Begriff wieder vermehrt aufgegriffen, um aktuelle politische und gesellschaftliche Phänomene angemessen beschreiben zu können. Identifizierbare Zerfallsprozesse innerhalb der bürgerlicher Gesellschaft (wachsende Ungleichheit, geduldete Wirtschaftskriminalität, offene Demokratiefeindschaft) gehen einher mit einer steigenden Bedeutung informeller, mafioser Netzwerke. Die wiederum verweisen darauf, dass die Grenzen zwischen legalem und kriminellem Verhalten politischer und wirtschaftlicher Akteure immer durchlässiger werden. Oder – noch schärfer gedacht – in den Worten des Gewerkschafters und „Racket-Forschers“ Kai Lindemann:

„Diverse Studien über organisierte Elitekriminalität, illegale Märkte und Korruptionsnetzwerke haben dargelegt, dass im gegenwärtigen Neoliberalismus kriminelle Strukturen völlig identisch mit legalen Strukturen in Wirtschaft und Politik sind“. (Lindemann, Seite 11)

Eine zweifellos gewagte These, die sich aber unterfüttern lässt. So wird in Deutschland zunehmend wegen „bandenmäßigen Betrug“ ermittelt (Dieselskandal, Wirecard, Cum-Ex). Gerade Cum-Ex zeigt die Verstrickungen des Staatsapparates in die „Steuerbetrugsindustrie“ auf. Konspirativ vorgehende Tätergruppen wurden als kriminelle Netzwerke entlarvt, als Teil der organisierten Kriminalität, die ihr Geschäftsmodell quasi industriell betreiben. In der Finanzbranche galt die betrügerische

Praxis von Cum-Ex aber die längste Zeit als legales Geschäftsmodell – eine Sicht, die von vielen renommierten Gutachtern und Steueranwälten geteilt wurde. Mit der Analyse von Rackets kann nach Lindemann die konkrete politische Praxis der herrschenden Klassen aufgezeigt werden – immer an der Schnittstelle von Legalität und Illegalität.

Auch für den Historiker und Publizisten Volker Weiß zeigen sich anhand der politischen Entwicklungen in den USA die „Konturen eines neuen Machtmodells, das sich seit dem Ende des Systemkonflikts global durchsetzt: die Herrschaft der Rackets“ (Süddeutsche Zeitung vom 18./19. Juni 2025). Nicht mehr stabile Interessensallianzen strukturieren danach die Politik, sondern kurzfristige Zusammenschlüsse zur Profitmaximierung. Das entstehende Bündnis zwischen „konzentriertem Kapital und geballter politischer Macht“ sei auch ein permanenter Kampf zwischen beiden, so dass die Koalitionen rapide wechseln könnten. Weiß reagiert damit auf den öffentlich inszenierten Bruch zwischen Elon Musk und Donald Trump. Die Klage des reichsten Menschen der Welt, der mächtigste Mann der Welt hätte ohne sein Geld niemals US-Präsident werden können, kontierte Trump mit der Drohung, Musk könne ja auch seine Staatsaufträge verlieren.

Für Weiß holt der Westen damit nach, was sich anderswo, zum Beispiel in Russland, längst etabliert hat. Thorsten Fuchshuber beschreibt die Entwicklung Russlands nach dem Zusammenbruch der UdSSR und bemerkt, dass die Machtstrukturen innerhalb der früheren Sowjetstaaten durch die Mafia unterwandert waren, was nicht nur ökonomische Reformen verzögerte, sondern auch legale Unternehmen zur Zusammenarbeit mit der Mafia regelrecht zwang. „Was von der Sowjetunion übrig blieb, drohte also tatsächlich im Gerangel um die Beute konkurrierender Machtfaktionen unterzugehen.“ (Fuchshuber, S. 552) Ob Putin an der Spitze des heutigen russischen Staates ein „Anti-Racketeer“ sei,

verneint der Autor, denn er habe sich lediglich an die Spitze der konkurrierenden Rackets gestellt und wolle sie keineswegs zerstören. Der russische Präsident fungiere insofern als Vermittler der als Rackets strukturierten Machtfaktionen. Der Staat wurde damit einerseits „stabilisiert“, andererseits selbst zur Mafia.

Bestätigt wird diese Sicht durch den investigativen Journalisten Jürgen Roth, der vor rund acht Jahren und vor dem Hintergrund der ersten Trump-Präsidentschaft beschrieb, wie Trump, Erdogan, Putin und Orban gleichermaßen eine neue autoritäre Ordnung in ihren Ländern installieren würden – mit Mitteln, die an Mafia-Strategien erinnerten. In seinem Buch „Die neuen Paten“ konstatiert Roth eine Durchmischung von krimineller „Unterwelt“ und politischer „Oberwelt“ und spricht von einer „Verstaatlichung“ der Mafia, also davon, dass staatliche Institutionen die Struktur der Mafia übernommen hätten. Im Fall Russlands behalte das Regime letztlich die Oberhand, denn russische Mafiagruppen arbeiteten im Auftrag des Kreml (Roth, Seite 102 ff.). Auch mit Blick auf die erste Präsidentschaft Donald Trumps seit Januar 2017 sei eine Clanstruktur erkennbar, die offenlasse, wo die Sphäre der Politik ende und die Familiengeschäfte beginnen würden. Die damalige Regierung von Trump bestehe aus einer kleinen Elite von Superreichen mit Verbindungen zu Geldkonzernen und zur amerikanischen Mafia. Auch erinnerte Roth an den Aufstieg Trumps in den 1970er und 1980er Jahren, der ohne Unterstützung der La Cosa Nostra und auch russischer Syndikate kaum möglich gewesen wäre (Roth, Seite 58).

Nach dem US-Journalisten Jonathan Rauch ist Trump dabei, einen Patrimonialismus zu etablieren. Es handele sich um einen Regierungs- oder Herrschaftsstil, der nicht durch Institutionen oder Regeln definiert sei. Unpersönliche, formelle Autoritätsbeziehungen würden durch personalisierte, informelle ersetzt. Er basiere auf individuellen Loyalitäten und Verbindungen sowie darauf, dass Freunde belohnt und

Feinde bestraft würden (vg. Seite 92). Der Staat wird danach so geführt, als sei er das persönliche Eigentum des Führers oder eines familiengeführten Unternehmens. Patrimonialismus misstraut den Bürokratien, denn schließlich stelle sich die Frage, gegenüber wem sie wirklich loyal seien. Sie könnten als „deep state“ eigene Macht aufbauen und ihre Regeln und Verfahren sich als hinderlich erweisen. Meldungen seit Amtsantritt Trumps bestätigen diese Diagnose: Von den etwa 2,3 Millionen Angestellten im öffentlichen Dienst auf nationaler Ebene werden bei einem Regierungswechsel normalerweise rund 4.000 entlassen. Das gilt als akzeptabel, denn es handelt sich bei ihnen um politische Beamte, die mit der Gestaltung der Politik beauftragt sind. In Trumps Amtszeit aber sollen gleich 50.000 Beschäftigte in den Behörden ausgetauscht werden (vgl. Deutschlandfunk vom 16.1.2025; siehe auch Artikel „Angriff auf den Rechtsstaat“). Ein Indiz dafür, dass die Regierung die Bürokratie umfassend und schlagartig zu ihrer Waffe machen will.

Rauch hält die von ihm beschriebene Regierungsform für per se korrupt, weil der Grund für ihre Existenz darin bestehe, den Staat gewinnbringend auszubeuten. Sie liege ständig im Krieg mit den Regeln und Institutionen, die sie daran hindern, den Staat zu manipulieren, auszurauben und auszuhöhlen. Rauch zitiert einen Mitarbeiter der Hoover Institution an der Universität Stanford: „Ich denke, wir werden in den nächsten vier Jahren eine absolut erschütternde Orgie der Korruption und der Vetternwirtschaft erleben, etwas, was wir seit dem ‚Gilded Age‘ am Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr gesehen haben.“ (Anm.: „Gilded Age“ = „Vergoldetes Zeitalter“; Gemeint ist eine Periode in der amerikanischen Geschichte ab etwa 1870, geprägt von schnellem wirtschaftlichem Wachstum, technologischem Fortschritt, großer Armut – und politischer Korruption auf allen Ebenen).

Mafia-Staaten, so der Kulturjournalist Georg Seeblen, entstehen, wenn die Grenze zwischen

den klassischen Aktivitäten des Staates und denen des organisierten Verbrechens verschwimmt. Gilt dies auch für die USA heute? Vor dem Hintergrund der zweiten Amtsübernahme Trumps Anfang 2025 skizziert Seeblen zunächst das neue Bündnis von Politik und Oligarchen in den USA, mündend in der autoritären Verachtung demokratischer Prozesse und zivilen Rechts. Er interpretiert die Amtsübernahme Trumps als demokratisch legitimierten Staatsstreich, als Auftakt zu einer radikalen Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und Kultur (Seeblen, Seite 8). Und zitiert Paul Dans, den zwischenzeitlichen Leiter des „Project 2025“, das die von der Heritage Foundation stammende theoretischen Grundlage für Trumps Regierung bildet: „Unser Ziel ist es, eine Armee von geprüften, trainierten und vorbereiteten Konservativen zu erschaffen, die sich von Tag eins daran macht, den administrativen Staat zu zerlegen.“ (Seeblen, Seite 9)

In diesem Verständnis soll der Staat nicht geschwächt, sondern erobert, zum reinen Instrument des Kapitals werden – ohne weitere Verwendung für die Demokratie. Im internationalen Kontext sollen keine Regeln und Institutionen, keine allgemein verbindlichen Gesetze gelten, sondern nur Verträge, die zwischen einzelnen Akteuren geschlossen werden („Deals“). Ganz im Sinne eines Anarchokapitalismus, der auf die Zerstörung aller Regel- und Kontrollmechanismen zielt und die demokratischen Institutionen schleift. (Zur Darstellung im Folgenden vgl. Seeblen, Seite 38ff.)

Auch die personelle Besetzung der Schaltstellen der Macht hat mit einer üblichen Regierungsbildung nichts mehr zu tun. „Nein,“ so Seeblen, „was da zusammenkommt, ausgesucht nach den Kriterien der größtmöglichen Loyalität, der größtmöglichen Militanz und der größtmöglichen Abhängigkeit untereinander und vor allem von den Leaders ist am ehesten der Formung einer Gang verwandt.“

Georg Seeblen analysiert in seinem Buch die Inszenierungen des amerikanischen Präsidenten

ten. Bereits als Autor („The Art of the Deal“ von 1987) und Host einer TV-Show pflegte er seine Vorliebe für das „Brachiale und Willkürliche“ (Seeblen, Seite 198) Trump zeigt sich als „ein Meister des basic talk“ (Seeblen, Seite 200). „Er formuliert so gut wie keine Sätze, die mehr als zehn Worte haben, vermeidet jeden Relativsatz und benutzt die immer gleichen, einfachen und emotionalen Begriffe. Eigentlich sind es nicht einmal Sätze, die aus seinem Mund kommen, sondern eher Fragmente, ein jive der Andeutungen und Provokationen, so reduziert wie mehrdeutig: gangster talk.“ (Seeblen, Seite 200) Mit dieser Kommunikationsmethode demonstrierte er schon 2016 in den großen TV-Duellen die demokratische und ihm intellektuell weit überlegene Herausforderin Hillary Clinton (Prinzip: nicht argumentieren, sondern die anderen aus dem Konzept bringen).

Auf der Ebene der bildlichen Darstellung wurde sein mug shot weltberühmt. Es wurde im August 2023 bei Trumps Verhaftung und Einlieferung in ein Gefängnis in Georgia aufgenommen. Selbst ein Wikipedia-Eintrag existiert dazu. Nach Interpretation eines Journalisten des Guardian definiert das Polizeifoto nicht weniger als die moderne US-Politik. Er bemerkt, „dass Trumps Feindseligkeit durchscheint, wenn er seine Augen auf die Kamera über ihm richtet und in seinem angespannten, nach unten gezogenen Mund [...] Gekleidet in einen blauen Anzug, ein weißes Hemd und eine rote Krawatte, macht er keinen Versuch, ein Lächeln aufzusetzen, wie einige seiner Mitangeklagten auf ihren Fahndungsfotos. Das Bild schmeichelt nicht, aber es vermittelt die Botschaft, die viele von Trumps Anhängern hören wollen – Streitlust“. („Trump Mugshot“, Wikipedia) Für Seeblen ist der mug shot immer zugleich eine Verurteilung und ein Ritterschlag. „Es gibt wohl kaum etwas, das so sehr für street credibility steht. Und zugleich ist der mug shot ja auch ein Ausweis des Widerstands.“ (Seeblen, Seite 205) Trump spielt mit der Rolle des Gesetzlosen – und wählte das Verhaftungsfoto als offizielles Präsidentenporträt.

Seeblen unterscheidet vier Formen der Organisation von Macht in einer modernen Gesellschaft – zwei formelle und zwei informelle. Erstens: Staat, Gesellschaft, Polizei, Bürokratie, Regierung. Zweitens: Ökonomie, Firma, Büro, Unternehmen. Drittens: Familie, Sexualität, Verwandtschaft, Kontinuität und Verpflichtung. Viertens: die Gang. Die flüssige Verbindung von allen vier Organisationsformen nennt Seeblen „Mafia“, die Gang und Politik, Familie und Ökonomie verbindet. Daneben benennt der Autor „vier Kontrollräume des Trumpismus“. Erstens die Republikanische Partei, zweitens seine erweiterte Familie, „bei der bis zum Enkelkind die meisten ihre funktionale Rolle einnehmen“, drittens die Gruppe von Kumpels oder „bros“, viertens den Club der Milliardäre, die amerikanischen Oligarchen, „die entweder immer schon auf der Linie des trumpistischen Anarchokapitalismus waren oder, wie Jeff Bezos von Amazon, sich um die Zuneigung von Trump und seiner Gang bemühen, sobald ihre Macht gesichert scheint“. Das Resümee von Seeblen: „Solange diese vier Machtzentren gemeinsam wirken, ist der Trumpismus gewissermaßen unaufhaltbar.“

Quellen:

Kai Lindemann: Die Politik der Rackets: Zur Praxis der herrschenden Klassen, Münster 2021

Thorsten Fuchshuber: Rackets. Kritische Theorie der Bandenherrschaft, Freiburg/Wien 2019

Jonathan Rauch: „Mafiaboss im Weißen Haus“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2025, Seite 91-98

Jürgen Roth: Die neuen Paten. Wie die autoritären Herrscher und ihre mafiosen Clans und bedrohen, München 2017

Georg Seeblen: Trump & Co. Der un/aufhaltsame Weg des Westens in die Anti-Demokratie, Berlin 2025

Volker Weiß: „Wo der Staat zur Mafia wird“, Süddeutsche Zeitung vom 18./19. Juni 2025

Harald Welzer: „1933 lässt grüßen“, taz (Online) vom 1. Dezember 2024

Kapitalismus ohne Demokratie: Peter Thiel und Ayn Rand als Vordenker:innen der ideologischen Zeitenwende

Eine zentrale Figur hinter dem Rechtsruck in den USA ist der 1967 geborene deutschstämmige Peter Thiel. Als Unternehmer und Investor ist er extrem erfolgreich, sein politischer Einfluss auf die US-Regierung wurde schon oft analysiert, seine Rolle als intellektueller Ideengeber für die mit Trump verbundene politische und kulturelle Verschiebung in den USA, „Vibe Shift“ genannt, ist unbestritten.

Der Unternehmer Thiel:

Als Gründer des Bezahlendienstes PayPal sowie des in den Bereichen Militär und Polizei aktiven Big-Data-Konzerns Palantir und als erster externer Investor bei Facebook prägte er gleich drei globale Konzerne – und wurde dabei zum Milliardär.

Der politische Strippenzieher Thiel:

Seit seiner Studienzeit baute er ein wichtiges Netzwerk von Personen auf, die jetzt an den Schalthebeln der Macht sitzen. Als einziger Vertreter des Silicon Valley unterstützte er Trump bereits in dessen Wahlkampf für die Präsidentschaft 2016 und gilt seitdem als einer seiner intellektuellen Vordenker und Berater. Heute unterstützt das „Valley“ fast geschlossen die Trump-Regierung. Auch die Vizepräsidentschaft von JD Vance wäre ohne Thiels jahrelanger Unterstützung nicht denkbar. Vance arbeitete früher für Thiels Investmentfirma und ließ sich den Beginn seiner politischen Karriere von ihm finanzieren. Der bisher als libertär eingeschätzte Thiel gilt heute als Verbindungsmann des Silicon Valley zur extremen amerikanischen Rechten.

Der politische Ideologe:

Thiel ist gegen alles was als links und „woke“ gilt. Er will, hier ganz der rechte Libertäre, die Steuerfreiheit für Reiche und die Abschaffung aller für Unternehmen lästigen Gesetze und Regulierungen. Sein mittlerweile vielzitiertes

und den politischen Mainstream provozierenden politischen Grundbekenntnis findet sich in seinem bekanntesten Text „The Education of a Libertarian“ von 2009: Er glaube nicht länger, dass Freiheit und Demokratie vereinbar seien. Im Namen des Libertarismus wendet er sich gegen das Anwachsen des Wohlfahrtsstaates und greift das Wahlrecht der Frauen an. Unter Freiheit versteht er allein die wirtschaftliche Freiheit einer elitären Gruppe. Thiel bezeichnet sich als Christ, deutet die Gegenwart als Endzeit und erwartet die Apokalypse. Die „Welteinheitsregierung“ (z. B. EU, UNO) oder der Wohlfahrtsstaat bilden den Antichristen, den nur eine starke Gegenmacht aufhalten kann. Thiel sieht hier offenbar die USA mit Trump – und den ebenfalls christlichen und vielleicht künftigen Präsidenten JD Vance – in der Pflicht.

Freie Städte

Eine der Visionen Thiels ist, dem umverteilenden demokratischen Staat, der ihm Steuern abverlangt, zu entkommen. Erst jenseits strikter staatlicher Regulierungen könnten sich die Menschen wahrhaft frei entfalten und eine lebenswerte Gesellschaft bilden. „Wenn wir mehr Freiheit wollen, sollten wir die Zahl der Länder erhöhen“, erklärte er in einem Vortrag des von ihm selbst mitgegründeten und -finanzierten Seasteading-Institutes im Jahr 2009 (Seasteading bedeutet etwa „schwimmende Siedlungen“) (Slobodian, Seite 11). Denn je mehr Länder es auf dem Planeten gebe, desto schneller ließe sich ein Wettbewerb unter den Staaten um mobile Bürger:innen initiieren und Zufluchtsorte für ihr Geld finden.

So entstand die Idee, Staaten zu errichten, wo zuvor keine existierten. Die Ozeane bieten sich als Siedlungsorte außerhalb staatlicher Jurisdiktionen an, unerreichbar für nationale Steuer- und Regulierungsbehörden. „Um es im Jargon des Silicon Valley zu sagen: Dies

würden Start-up-Nationen sein.“ (Slobodian, Seite 29) Das Ziel ist konkret, Offshore-Inseln auf hoher See zu gründen, mit eigener Kryptowährung – ohne Geld, das Staaten kontrollieren könnten – und ohne nationale Gesetzgebung. Dabei sollten sich einzelne Plattformen wie Legosteine zu schwimmenden Siedlungen (seasteads) zusammenschließen lassen. Wem das Leben unter einer bestimmten Regierung nicht mehr passt, schippert mit seinem Haus einfach zu einer anderen autonomen Insel. Da sich die Realisierung der Seestädte doch als etwas schwierig erwiesen hat, trat das Projekt auf Thiels Prioritätenliste mittlerweile wohl in den Hintergrund.

Nach Titus Gebel, u. a. Präsident der Free Cities Foundation und Unternehmer, wird eine Freie Privatstadt von einem unpolitischen Staatsdienstleister organisiert. Die Bürger:innen würden als Kunden behandelt und nicht als Beherrschte, denn die Stadt sei ein gewinnorientiertes Unternehmen eines privaten Betreibers. Die Gewinnerfordernis bewahre vor Ressourcenverschwendung und davor, dass sich die Stadt hoffnungslos verschulde. Die Dienstleistungen des Betreibers beschränkten sich auf die innere und äußere Sicherheit, ein unabhängiges Streitschlichtungssystem sowie einen vordefinierten Rechts- und Regulierungsrahmen, der nicht von einer Seite geändert werden dürfe. Die Teilnahme sei vollständig freiwillig, interessierte Einzelpersonen und Unternehmen würden mit dem Stadtbetreiber einen Bürgervertrag abschließen und anstelle von Steuern eine feste Jahresgebühr für die Dienstleistungen zahlen. „Freie Privatstädte sind im Prinzip klassisch-liberale Minimalstaaten, die allerdings von einem privaten Betreiber mit ausschließlich freiwilligen Vertragsbürgern veranstaltet werden.“ (Gebel, Seite 41) Gebel betrachtet die Gesellschaftsordnung als ein „Produkt“ auf dem „Markt des Zusammenlebens“ und als Ergebnis des Wettbewerbs der Systeme um die Bürger:innen als Kunden. Freie Privatstädte sollen maximale Selbstbestimmung ermöglichen, nicht maximale Mitbestimmung.

„Wer kein Souverän seiner Selbst sein will, sondern das Leben im Kollektiv und ‚sozialer Wärme‘ bevorzugt, hat alles Recht dazu“ – und kann nicht daran gehindert werden, aus dem jeweiligen System auszusteigen (ebd.). Gebel will nicht auf die hohe See hinaus, obwohl – wie er feststellt – alle Landflächen von Regierungen kontrolliert würden. Deshalb seien vertragliche Vereinbarungen mit bestehenden Staaten notwendig. Die Existenz von Tausenden von Sonderwirtschaftszonen in 150 Ländern beweise die grundsätzliche Bereitschaft der Staaten, diesen Weg zu gehen. Die Entwicklung habe bereits begonnen: Neben Projekten in Honduras habe sein Unternehmen jüngst einen Vertrag mit Brunei unterzeichnet und Saudi-Arabien wolle mit dem Großprojekt Neom ein System schaffen, in dem andere Regeln gelten würden als im Rest des Landes. [1]

Auch Donald Trump startete übrigens einen Versuchsballon: Im Wahlkampf 2023 versprach er, einen Wettbewerb abzuhalten, der zur Gründung von zehn „freien Städten“ auf bundesstaatlichem Land führen werde (Klein/Taylor, Seite 47).

Die von Peter Thiel mitinitiierten Privatstädte stellen im Grunde autonome Enklaven von Investor:innen dar. Um die Rahmenbedingungen für sie zu optimieren, gilt es, die Idee des Wettbewerbs auf die Ebene der Staaten zu verlagern. Vom Wettbewerb in der „freien Marktwirtschaft“ hält Thiel dagegen weniger, wenn es um die Idee des Fortschritts geht.

Monopole

Entgegen der vorherrschenden Sicht ist der ökonomische Wettbewerb für Thiel keine Voraussetzung für eine erfinderische Ökonomie und kein Garant eines allgemeinen Wohlstands. Ganz im Gegenteil – er feiert „kreative“ Monopolisten als Motoren des Fortschritts. Tatsächlich sei der Kapitalismus das Gegenteil von Wettbewerb, heißt es in seinem Buch „Zero to One“ (vgl. Thiel, Seite 28). Denn Kapitalismus basiere auf der Akkumu-

lation von Kapital, fielen im Wettbewerb die Gewinne doch dem Konkurrenzkampf zum Opfer. Die Aussicht auf monopolartige Profite sei ein starker Anreiz, Innovationen voranzutreiben, um in einem Bereich ein Monopol errichten zu können. Das „freie Spiel der Kräfte“ dagegen führe zu Stagnation, da keine Mittel und keine Zeit für die Entwicklung echter Innovationen bleibe. Marktteilnehmer imitierten die Konkurrenz und konzentrierten sich auf kleine Verbesserungen, was nur zu kurzfristigen Gewinnen führe.

Monopolisten aber würden langfristig denken und wirklich Neues wagen, von „null auf eins“ springen. So wie die Koryphäen der Tech-Industrie, die für Investor Thiel die Speerspitze des Fortschritts bilden. Die Tech-Gründer sind denn auch für ihn „gottgleich“, da sie fähig sind, Wunder zu vollbringen: „Diese Wunder nennen wir Technologie“ (Thiel, Seite 7). Thiels Biograf Max Chafkin entdeckt bei ihm denn auch eine „Obsession vom technischen Fortschritt“, der unerbittlich realisiert werden müsse (Chafkin, Seite 10).

Die Lösung der Menschheitsprobleme, wie immer sie definiert würden, könne nach Thiel nur von einer technokratischen Elite gelöst werden.

Der österreichische Theologe Wolfgang Palaver, der Thiel seit vielen Jahren kennt und mit ihm regelmäßig über Politik und Religion diskutiert, äußerte sich Ende November 2025 dazu gegenüber der Süddeutschen Zeitung: „Peter Thiel glaubt geradezu fanatisch an den technologischen Fortschritt zur Rettung der Menschheit. Doch er sieht heute eine Stagnation, was Innovation und Fortschritt betrifft. Den Grund dafür sieht er in zu viel Regulierung und Sicherheitsdenken der Staaten und internationalen Organisationen. Sie halten seiner Meinung nach den Fortschritt auf, mit dem Verweis auf den drohenden Klimakollaps oder eine atomare Katastrophe. (...) Thiel etwa begründet sein Streben nach Innovationen und technologischem Fortschritt damit,

Krankheiten wie Demenz und Krebs endlich heilbar zu machen. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Er würde sagen: Und ihr nehmt in Kauf, dass weiterhin so viele Leute an diesen Krankheiten sterben, nur weil ihr keine Risiken eingehen wollt?“

Auch in der politischen Sphäre entdeckt der Christ Thiel eine Erlösergestalt. Auf dem Parteitag der Republikaner im Juli 2016 sprach er anlässlich der Nominierung Trumps als Präsidentschaftskandidat davon, dass der neue Präsident kein Politiker, sondern ein „builder“ (Baumeister) sein werde, um Amerika neu aufzubauen. Die religiöse Konnotation des „builder“ mit der Figur eines „göttlichen Schöpfers“ liegt nahe. Die Metapher widerspricht natürlich jeder Idee eines demokratischen Regeln unterworfenen Präsidentenamts.

Diktatur

Nach Thiel verhindert auch eine überbordende Bürokratie die notwendigen Innovations-sprünge. Die Vielzahl an Regierungsbehörden versteht er als eigentlichen Machtapparat der US-Regierung, die Milliarden von Dollars verwalten und einschränkende Regelungen erlassen. Diese Behörden sind für Thiel Relikte eines zu zerschlagenden überlebten Systems. Da die Macht dieses „deep states“ mit demokratischen Mitteln kaum zu bezwingen ist, braucht es einen politischen Bruch: „Für Thiel ist ein Mann wie Trump ein ‚disruptive change agent‘ und Trumps Regierung ein ‚Start-up, das ein altes Geschäftsmodell ablöst‘. (Rappold, Seite 252) In einem langen Interview vom April 2024 unterstreicht er einmal mehr, dass Freiheit und Demokratie nicht zusammenpassen, die Kraft der liberalen Demokratie ausgezehrt ist und dass „wir“ uns einige Fragen stellen müssen, die sich sehr weit außerhalb des im öffentlichen politischen Diskurs akzeptierten Rahmens befinden (Conversations with Tyler).

Dazu gehört auch die in dem Interview positiv gewürdigte Freund-Feind-Unterscheidung von Carl Schmitt, die als Basis für die aktuelle Politik dienen soll. Von 1949 bis 1989 bildete

laut Thiel der Kommunismus den grundsätzlichen Feind, danach abgelöst von einer anderen existentiellen Gefahr, dem „one-world totalitarian government“. Für Schmitt, zeitweise der wichtigste Staatsrechtler des NS-Staats, ist der Feind „der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existenziell etwas anderes und Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind, die weder durch eine im voraus getroffene generelle Normierung, noch durch den Spruch eines ‚unbeteiligten‘ und daher ‚unparteiischen‘ Dritten entschieden werden können“. (Schmitt, Seite 27) Der „extreme Konfliktfall“ könne die „Negation der eigenen Art Existenz“ (ebd.) bedeuten oder die „seinsmäßige Negierung eines anderen Seins“ (Schmitt, Seite 33).

Bereits 2007 zitierte Thiel im Aufsatz „The Straussian Moment“ Carl Schmitt zustimmend: „Der Höhepunkt der Politik sind die Momente, in denen der Feind in konkreter Klarheit als Feind erkannt wird.“ Thiel, Musk & Co haben ihre „existenziellen“ Feinde, um wen oder was immer es sich jeweils handeln mag, öffentlich benannt, an der praktischen Konsequenz, der Feindbekämpfung, arbeiten sie täglich. Es geht dabei ums Ganze, um einen Konflikt, bei dem schlaffe parlamentarische Kompromisse und die Einhaltung demokratischer Verfahrensregeln fehl am Platze sind. Die Unterscheidung von Freund und existentiell Feind im Schmittschen Sinne impliziert, dass alle Mittel gerechtfertigt sein müssen.

Wie Curtis Yarvin, rechter Blogger und der „dunklen Aufklärung“ zugerechnet, ist deshalb auch Thiel der Auffassung, der Staat solle nicht von einem gewählten Parlament, sondern wie ein Unternehmen geführt werden – von einem mit quasi-monarchischen Durchgriffsrechten ausgestatteten „CEO“, mit Bürger:innen, die zu Aktionären des „Gemeinwesens“ werden.

„Im Jahr 2012 hielt er in Stanford einen Vortrag, in dem er Yarvins feuchten Traum einer

von Silicon-Valley-CEOs (die er für Erben mythischer ‚Gottkönige‘ wie Romulus erachtet) geführten Techno-Monarchie vortrug. Er würde es zwar nicht direkt so nennen, da die Menschen mit Begriffen wie ‚Monarchie‘ fremdeln würden. Aber die Wahrheit sei einfach, dass Start-ups und Gründer deshalb zur Diktatur neigten, weil sie besser funktioniere. Wie Yarvin ist auch Thiel der Überzeugung, dass die Menschheit ihre ‚Diktatorenphobie‘ ablegen müsse, um einzusehen, dass die Weltherrschaft der CEOs die einzig vernünftige Gesellschaftsform sei.“ (Wolf, Seite 44)

Die Übernahme der Präsidentschaft durch Trump wird offenbar als ein wesentlicher Baustein auf diesem Weg angesehen.

Antichrist

Um die Notwendigkeit einer antidemokratischen Politik zu verdeutlichen, tritt Thiel auch gern in Gestalt eines politischen Theologen auf. Dabei bringt er die eschatologische Figur des Antichristen als Auftrag für politisches Handeln in die Diskussion. Was in den USA auf fruchtbaren Boden fällt, da viele christliche Fundamentalisten und Evangelikale begeisterte Trump-Anhänger sind. Nach Thiels Auffassung könnten wir heute in der Endzeit leben, wie die Bibel sie beschreibt. Deshalb müsse Amerika zum „Katechon“ werden, um den Antichristen aufzuhalten und das Armageddon, die Endschlacht zwischen Gut und Böse, zu verzögern. „Katechon“ ist ein Begriff aus dem Griechischen, der soviel wie „Aufhalter“ bedeutet. Mit Bezug auf den 2. Paulusbrief an die Thessalonicher ist damit eine Macht gemeint, die den Antichristen bekämpft. Der Antichrist ist der biblische Gegenspieler von Jesus, der als Täuscher, Verführer, Wohltäter und sogar in Gestalt des „Aufhalters“ selbst auftreten kann. Auch diese Idee übernahm Thiel von Carl Schmitt.

„In a biblical eschatological context“, so Peter Thiel, „you’re supposed to worry about Armageddon. You’re also supposed to worry about the Antichrist. Maybe you’re supposed to worry more about the Antichrist because the

Antichrist comes first. So, if we're going to find a pathway through this apocalyptic age, you have to navigate between the Scylla of all these existential risks and the Charybdis of this political totalitarian catastrophe.“ (Conversations with Tyler)

Thiel identifiziert eine mächtige globale Regierung, die den Menschen täuschend Frieden und Sicherheit verspreche, mit dem „Antichristen“ bzw. dem „falschen Aufhalter“ – oder Greta Thunberg:

„Doesn't the Antichrist just come to power by acting as a catechon? This is what Greta says she's doing. She is the catechon stopping climate change.“ (ebd.)

Agieren die USA aber als letzte Bastion gegen den Antichristen, handelt es sich dabei um die „internationale Staatengemeinschaft“, den Untergang der Zivilisation oder Frau Thunberg, werden sie sich nicht an internationale Abmachungen oder die universellen Menschenrechte halten. Eine Randbemerkung im Neuen Testament mutiert somit bei Thiel zu einem entscheidenden und zutiefst beunruhigenden politischen Motiv. Denn die Schutzmacht gegen den Antichristen kann beliebig vergeben und immer wieder aktualisiert werden. Der Historiker Volker Weiß weist zum Beispiel darauf hin, dass auch die russische Staatsführung und die russisch-orthodoxe Kirche ihr Land als „heilsgeschichtliche Macht“ und Aufhalter einer weiteren Ausbreitung westlicher Dekadenz sehen. Damit rückt für Weiß „schließlich die Geschichtstheologie ins Blickfeld, mit der der ultranationalistische Pseudomystiker Alexander Dugin die russische Kriegspolitik der vergangenen Jahre untermauert hat (...). Dugins Mission ist es, das ‚liberale‘ Amerika aus Europa und Asien zu vertreiben, um mithilfe eines ‚eurasischen‘ Bündnisses die Menschheit wieder mit ihren heiligen Traditionen zu versöhnen. Seine Deutung vollzieht sich ebenfalls im paulinischen Muster des falschen westlichen Messias, der von den klarsichtigen Rechtgläubigen im Os-

ten aufgehalten werden müsse.“ (Weiß: Das Deutsche Demokratische Reich, Seite 45)

Die jüngste skurrile Wendung: Thiel äußerte kürzlich, auch der US-Präsident könnte dem Antichristen den Weg ebnet oder sogar selbst ein Kandidat für den Antichristen sein, wenn er damit anfinde, die KI-Technologien zu regulieren. Denn Thiel investiert selbst massiv in diese Technologien und hat als Gründer von Palantir und Kapitalgeber von Start-Up-Unternehmen in dem Bereich ein starkes Interesse an einem nicht regulierten Tech-Sektor (vgl. Müller). Auf der einen Seite wendet sich Thiel also gegen einen alles kontrollierenden Staat, zugleich stellt er mit Palantir eine Software bereit, die mit verknüpfender Datenanalyse genau die Überwachungsmittel für einen solchen Staat bereitstellen kann – und damit dem „Antichristen“ den Weg ebnet.

Neben Carl Schmitt und der Bibel ist auch das Werk von Ayn Rand wichtig für Thiels politische Schlussfolgerungen. Deren beinharder Atheismus hatte zwar mit den theologischen Überlegungen eines Thiel nichts im Sinn, aber der in ihren Schriften zelebrierte Geniekult hinterließ in der Außen- und Selbstdarstellung der Tech-Oligarchen deutliche Spuren.

Ayn Rand: Göttin des Marktes

Schon zu High-School-Zeiten verschlang Thiel Rands Bücher, glaubt zumindest ein DLF-Podcast zu wissen und stellt fest: „Man kann gar nicht genug betonen, wie entscheidend Ayn Rand für das amerikanische Denken ist.“ („Die Peter-Thiel-Story“) Hierzulande fast unbekannt, gehört die Schriftstellerin und Philosophin Ayn Rand (1905-1982) in den USA zu den wichtigsten Autorinnen des letzten Jahrhunderts, um die ein regelrechter Kult getrieben wird. „Lest Ayn Rand and ihr versteht das neue Amerika“, schrieb vor einigen Jahren eine Kolumnistin der taz. Auch von Trump heißt es, er sei ein bekennender Rand-Fan.

Als Tochter wohlhabender russischer Juden wurde Rand unter dem Namen Alissa Ro-

senbaum in St. Petersburg geboren. Abgeschreckt von der russischen Oktoberrevolution nutzte sie die Gelegenheit, als 21-Jährige in die USA auszureisen. Dort schlug sie sich zunächst mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser und schrieb Drehbücher in Hollywood, bevor ihre ersten Romane erschienen. Ihre berühmtesten Werke „The Fountainhead“ (dt. Der Quell) von 1943 und „Atlas Shrugged“ (dt. Der Streik), 1957 erschienen, zeigen die Autorin als Apologetin eines entfesselten Kapitalismus und eines ungehemmten Individualismus. Rand änderte ihren Namen in den USA nach der Flucht aus der Sowjetunion. „Ayn“ stand dabei für „I“ – „Ich“, mathematisch n-fach bekräftigt: „eine Selbstaufe als Lebenscredo“ (Eilenberger, Seite 201).

In „The Fountainhead“ wird die Geschichte des jungen idealistischen Architekten Howard Roark erzählt, der gegen konventionelle Standards ankämpft und ein Bauprojekt unter dem Druck von Bürokraten verändern soll. Der Protagonist kann den Eingriff in seine schöpferische Freiheit nicht tolerieren, weigert sich Kompromisse einzugehen und sprengt das Gebäude kurzerhand in die Luft. Das anschließende Gerichtsverfahren nutzt dann der Held, der den radikalen Individualismus verkörpert, als Bühne, um ein Plädoyer gegen den „Kollektivismus“ zu halten.

„Atlas Shrugged“ handelt von Dagny Taggart, der jungen Erbin einer alteingesessenen Eisenbahngesellschaft in einer nicht näher benannten frühindustriellen Epoche in den USA. Als „Kollektivistin“ die Macht übernehmen, muss sie erleben, wie ein fähiger Unternehmer nach dem anderen aufgibt. Im Laufe der Handlung lernt die Protagonistin, dass die Kapitalisten, Macher und Genies nicht einfach verschwunden sind, sondern in den Streik getreten sind.

„Unter Führung des Obergenie John Galt ziehen sie sich in ein verstecktes Dorf zurück, überlassen die Welt den Plünderern und Bettlern, den Humanisten und Altruisten, den reichen Betrügnern und der inkompetenten Unter-

schicht: kurz, all jenen, die in Rands Universum nur verbrauchen, nicht produzieren. Dagny benötigt lange, um die Alternativlosigkeit des Kapitalistenstreiks einzusehen, doch am Ende des Buches fliegt sie mit John Galt und anderen Helden im Flugzeug über eine USA dahin, deren Bevölkerung in Bürgerkrieg, Blut und Hunger untergeht. Erst der totale Kollaps des Kollektivismus macht den Weg frei für die Rückkehr der nunmehr verzweifelt erwarteten Übermenschen.“ (Wendt, Seite 128)

In ihrer rein dichotomischen Sicht zerfällt für Rand die Gesellschaft in die treibenden Kräfte („prime mover“) und die Schmarotzer („second hander“). Den Ersteren sind Geist, Kultur, Wohlstand und Fortschritt zu verdanken, die zweite, weit größere Gruppe, schafft nichts, lebt aber von den Errungenschaften der anderen. Die Grundidee des Romans basiert deshalb auf der Umdeutung des Begriffs der Ausbeutung. Nicht die Lohnabhängigen werden drangsaliert, sondern die Unternehmer als Leistungsträger, die allein den Fortschritt und die Zivilisation garantieren. Sie verschwören sich und treten in den Streik – werfen die Last ab, worauf der Buchtitel anspielt („Atlas Shrugged“ bedeutet „Atlas zuckte mit den Schultern“). Ayn Rands Traum: Verlassen die kapitalbesitzenden „Leistungsträger“ die Gesellschaft der proletarischen Parasiten, bricht das gesellschaftliche Leben zusammen.

Rand nannte ihren absolut gesetzten Individualismus „Objektivismus“, der sich durch streng vernunftgeleitete Argumentation auszeichnet. Danach ist Egoismus schlicht logisch. In Umkehrung der jüdisch-christlichen Ethik wird Egoismus als Tugend, Altruismus dagegen als Schwäche und moralisch falsch bewertet. Rand wendet sich gegen alle Formen mystischer oder irrationaler Weltanschauungen (Religion, Nationalismus), so dass ein konsequenter Atheismus für die Autorin selbstverständlich war. Was ihren Erfolg in Amerika aber nicht verhinderte. Denn den Aufstieg Rands zur rechten Ikone ebneten vor allem die zwei zentralen Botschaften: Erstens

wird Wohlstand von den „Leistungsträgern“ geschaffen, nicht etwa durch Umverteilung erzeugt. Zweitens lautet der moralische Imperativ, dass die Starken keinerlei Verantwortung für die Schwachen tragen.

„Atlas Shrugged“ gilt auch heute noch in den USA als ein sehr einflussreiches politisches Buch. Die Library of Congress befragte in den 2000er Jahren ihre Leser:innen, welches Buch ihr Leben verändert habe. Rands Roman landete auf Platz zwei – nach der Bibel (vgl. Decker, taz).

Anmerkung:

[1] vgl. ausführliche Beschreibung des Projekts in Honduras in: Andreas Kemper: Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus“, Münster 2022; zum Projekt Neom vgl. BIG Business Crime, Nr 4/2024, Seite 3-4

Quellen:

Max Chafkin: Peter Thiel. Wie der Pate des Silicon Valley die Welt beherrscht, München 2021

„Conversations with Tyler: Peter Thiel on Political Theology (Ep. 210)“, 17. April 2024
<https://conversationswithtyler.com/episodes/peter-thiel-political-theology/>

Kerstin Decker: „Nietzsche für Anfänger“, taz (online) vom 28. September 2021
<https://taz.de/Kolumne-Das-Schlagloch/!5111031&s=ayn%2Brand/>

„Die Peter-Thiel-Story“, Podcast des Deutschlandfunk, von Fritz Espenlaub et al., 2025
<https://www.deutschlandfunk.de/die-peter-thiel-story-100.html>

Titus Gebel: „Freie Privatstädte: Die Option nach dem

„Ende der Geschichte“, in: eigentümlich frei, August/September 2025, Seite 38-43

Naomi Klein/Astrid Taylor: „Aufstieg des Endzeitfischismus“, Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2025, Seite 47-60

Bernd Müller: „Peter Thiel warnt: Der Antichrist will Künstliche Intelligenz regulieren“, Telepolis vom 27. September 2025
<https://www.telepolis.de/features/Peter-Thiel-warnt-Der-Antichrist-will-Kuenstliche-Intelligenz-regulieren-10672896.html>

„Wolfgang Palaver über Apokalypse“, Interview von Hans Gasser und Johan Schloemann mit dem österreichischen katholischen Theologen über das Denken von Peter Thiel, Süddeutsche Zeitung vom 29./30. November 2025

Thomas Rappold: Peter Thiel. Facebook. Paypal, Palantir. Wie Peter Thiel die Welt revolutioniert, München 2017

Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen: Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1987

Quinn Slobodian: Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen, Berlin 2023

Peter Thiel: „Der Straussianische Moment“, 2007 (übers. v. J.C. Kofner)
<https://kofner.de/der-straussianische-moment/>

Peter Thiel mit Blake Masters: Zero to One. Wie Innovation unsere Welt rettet, Frankfurt am Main 2014

Holger Wendt: „Von Orks und Helden – Ayn Rands Philosophie der Gier“, in: Marxistische Blätter 1/2022, Seite 123-129

Volker Weiß: Das Deutsche Demokratische Reich. Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört, Stuttgart 2025

Elena Wolf, „Heim ins Silicon Reich“, in: Konkret, 4/2024, Seite 43-44

Attacke auf den Rechtsstaat – Trump im Kampf gegen das System von „Checks and Balances“

Im Wahlkampf sagte Trump, er wolle Diktator für einen Tag werden. Und dass nach seiner Wiederwahl keine weitere Wahl mehr nötig sein werde. Drei Wochen nach Beginn seiner zweiten Präsidentschaft postete Donald Trump auf der Plattform X, dass wer sein Land rette, gegen kein Gesetz verstoße. Es handelte sich zweifellos um rhetorische Provokationen, um die Reaktion der Öffentlichkeit zu testen. Aber auch zugleich um die Ankündigung eines umfassenden Angriffs auf das System von Checks and Balances und damit auf das demokratische Modell der USA insgesamt.

Der Kampf um die Verfassung

Trump will auf breiter Front präsidentielle Macht ausweiten. Die Verfassung der USA kommt seinem Ziel dabei entgegen. Denn sie definiert das Präsidentenamt und das Verhältnis zwischen Exekutive und Judikative nur vage, regelt zwar die Entscheidungsverfahren, klärt aber keine oder nur ganz wenige politische Grundsatzfragen. Darum basiert die amerikanische Demokratie auf einer Vielzahl ungeschriebener Normen und einer stillschweigenden Übereinkunft darüber, welche Dinge als akzeptabel gelten und welche nicht toleriert werden dürfen.

Zu den „roten Linien“ gehört auch, dass der amerikanische Präsident bei der Ausübung seiner Macht die Gewaltenteilung zu respektieren hat. Denn für die politische Kultur ist entscheidend, dass sich Legislative, Exekutive und Judikative wechselseitig akzeptieren, um keine Verfassungskrise heraufzubeschwören. Diese Gefahr aber besteht aktuell. So weigert sich Trump konsequent, die Unabhängigkeit der Judikative, also richterliche Entscheidungen, anzuerkennen, wenn sie ihm nicht passen. Trump, so der Amerikanist Volker Debat, sei deshalb gefährlich, weil er die bislang anerkannten Verfahren wie noch kein

Präsident zuvor in Frage stelle (vgl. Deutschlandfunk vom 16. Januar 2025).

Im Zusammenhang der Watergate-Affäre Anfang der 1970er Jahre, so Debat, seien die Republikaner, die den Präsidenten stellten, davon überzeugt gewesen, Richard Nixon habe seine Machtbefugnisse klar überschritten. Beim Sturm auf das Capitol vom Januar 2021 habe dagegen niemand aus der Republikanischen Partei dafür plädiert, den amtierenden Präsidenten wegen Bruchs der Verfassung des Amtes zu entheben. Man könne sich nicht einmal mehr darauf einigen, dass das, was am 6. Januar geschah, ein Verfassungsbruch sei. Damit sei ein wesentlicher Grundsatz der politischen Kultur in Auflösung begriffen. Bei dem Versuch, die gesamte Macht an sich zu reißen, muss Trump nicht einmal besonders rabiat vorgehen, da sich viele seiner Unterstützer:innen im vorausweisendem Gehorsam bemühen, nach seinen Wünschen zu handeln.

Der Umbau des Regierungsapparats

In seiner zweiten Amtszeit setzt der US-Präsident offenbar viele Maßnahmen um, die Vordenker der rechtskonservativen Denkfabrik Heritage Foundation in ihrem Operationsplan „Project 2025“ bereits 2023 in Erwartung eines Sieges der Republikaner bei den US-Präsidentenwahlen ausgearbeitet hatten. Eines seiner Ziele ist, den Staatsapparat radikal umzubauen und möglichst viel Macht auf eine Person zu konzentrieren, um im Bedarfsfall die rechtlichen Grenzen der Exekutive überwinden zu können. Mitte 2025 sollen bereits zwei Drittel seiner bisherigen Erlasse direkt oder indirekt aus dem Masterplan stammen, wie eine Analyse der US-amerikanischen Zeitschrift Time zeigt (vgl. Deutschlandfunk vom 10. Juni 2025).

Vorangetrieben wird das „System Trump“ unter anderem durch einen massiven Personalaus-

tausch bei der Bundesverwaltung. Die Autoren von Project 2025 beklagen, die Bürokratie habe sich zu einem nicht gewählten vierten Regierungszweig entwickelt. Ein öffentlicher Dienst, der unabhängig vom jeweils amtierenden Präsidenten bestehen bleibe, sei für jede Regierung problematisch, da die Beamten Veränderungen ablehnend gegenüberstünden (vgl. Graham, Seite 47). Als Lösung wird gefordert, dem Präsidenten zusätzliche Macht zu übertragen, das heißt die weitreichenden Befugnisse der Exekutive „aggressiv“ zu nutzen, „um die Macht dem amerikanischen Volk zurückzugeben“ – um Russell Vought, dem intellektuellen Vordenker des Projekts zu zitieren (ebd.). „So konzentriert sich mehr Macht auf einer einzelnen Person, als von den Wählern oder dem Kongress je beabsichtigt war (...). Es handelt sich hier im Kern um den Versuch, die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung zu umgehen.“ (ebd.)

Der Masterplan will eine Verordnung reaktivieren, die Trump gegen Ende seiner ersten Amtszeit erlassen hatte. Das sogenannte „Schedule-F“ zielt darauf ab, rund 50.000 Stellen in Ministerien und Bundesbehörden, die in irgendeiner Weise als politisch relevant gelten, als neu zu besetzende Posten einzustufen – um damit politisch missliebige Beschäftigte nach Belieben loswerden zu können (vgl. Graham, Seite 55).

Das kommt einer politischen Säuberung gleich und setzt die Beamten massiv unter Druck. „Wir wollen, dass die Bürokraten traumatisiert werden“, so Vought im Jahr 2023. „Wir wollen, dass sie morgens aufwachen und keine Lust haben, zur Arbeit zu gehen, weil sie zunehmend als Bösewichte wahrgenommen werden“. (zit. n. Graham, Seite 56) Unter diesen Bedingungen sei es nicht nötig, sie zu feuern. Sie würden von selbst kündigen.

Auch das auf einen Vorschlag Elon Musks gegründete „Department of Government Efficiency“ (DOGE), vermeintlich angetreten, um Regierungseffizienz zu erhöhen und Kor-

ruption zu bekämpfen, arbeitet weiter am Radikalumbau des Staates. Obwohl Musk, ehemals enger Vertrauter Trumps, im Mai 2025 als „besonderer Regierungsangestellter“ zurücktrat. Bei DOGE hält nun offenbar Russell Vought, der Mastermind des Project 2025, die Fäden in der Hand. Nach dem Abtritt Musks solle nun „leiser, schneller, effizienter“ und mit weniger Medienaufmerksamkeit gearbeitet werden. Beispielsweise ist der Einsatz eines neuen KI-Tools geplant, mit dessen Hilfe eine Löschliste von Bundesverordnungen erstellt werden soll, so dass rund 200.000 Regulierungen auf den Prüfstand kommen. Insgesamt verspricht ein internes DOGE-Papier Einsparungen von bis zu 1,5 Billionen Dollar bis zum einjährigen Jubiläum von Trumps Amtseinführung (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 7. August 2025).

Die Regierung setzt dabei auf private KI-Modelle, die der Tech-Industrie zusätzliche Macht verschaffen. Das zeigt auch die enge Verflechtung von DOGE mit dem Datenanalyse-Konzern Palantir, der unter anderem eine sogenannte Master-Datenbank errichtet. Dort werden Daten über US-Bürger:innen aus zahlreichen Behörden und Ministerien, wie dem Gesundheitsministerium, der Steuerbehörde und der Sozialversicherungsbehörde, zusammenlaufen und analysiert – „ein Überwachungswerkzeug ungekannter Macht, eine Art Panoptikon“, das vermutlich vor allem dazu dienen wird, Abschiebungen zu beschleunigen (ebd.).

Der Amerikanist Debat fasst eine wichtige Zielsetzung des Project 2025 zusammen: Es gehe darum, „das zu zerlegen, was wir als Regierungsapparat bezeichnen würden“ (Deutschlandfunk vom 16. Januar 2025). Ministerien und Behörden würden restrukturiert oder aufgelöst. Die Einführung einer Personaldatenbank diene dazu, mehrere zehntausende Personen auf ihre Loyalität hin zu überprüfen. Alles mit dem Ziel, den bisherigen Regierungsapparat abzuwickeln und die öffentliche Verwaltung gemäß der eigenen Programmatik – zu politisieren. Das alles be-

wege sich im Rahmen einer Vorstellungswelt des Projekts, nach der sich die USA von einer Tyrannei befreien müssten. Denn demokratische Regierungen der Vereinigten Staaten würden gleichgesetzt mit der britischen Kolonialherrschaft. Im Umfeld des Projekts werde darum auch von einer notwendigen zweiten amerikanischen Revolution gesprochen (Deutschlandfunk vom 16. Januar 2025).

Die Gerichte: Letzte Verteidigungslinie gegen die Macht des Präsidenten?

Trump startete, kaum im Amt, seinen Kampf um die präsidentielle Vorherrschaft mit einer Flut von Dekreten, den „Executive Orders“, die teilweise als rechts- und verfassungswidrig eingestuft wurden. Der Grund für die Taktik: Anders als Gesetze durchlaufen Dekrete nicht den Gesetzgebungsprozess im US-Kongress.

„Unter normalen Umständen sind executive orders das schwächste aller rechtlichen Instrumente – sie stehen unterhalb der Verfassung, unterhalb von Gesetzen und sogar unterhalb von Verordnungen. Würde das amerikanische Verfassungssystem funktionieren, dann wären die meisten dieser executive orders durch höherrangiges Recht außer Kraft gesetzt und damit wirkungslos.“ (Scheppelle, 21. Februar 2025)

Der Kongress könnte gegen die Vorgehensweise des Präsidenten opponieren und zum Beispiel die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Dekrete blockieren, verzichtete bislang aber darauf. Als eigentlich größter Kontrolleur der Exekutive und damit des Präsidenten zeigt er sich mit seiner republikanischen Mehrheit damit als Totalausfall. Bilden deshalb die Justiz und damit die Gerichte das letzte Bollwerk gegen die Ausweitung exekutiver Macht durch den Präsidenten? Nachdem sich die Legislative selbst lahmgelegt hat, arbeitet die Trump-Regierung daran, auch die Judikative auszuschalten.

Zum Beispiel indem sie sich weigert, gerichtliche Anordnungen zu befolgen und versucht,

eine Vielzahl von Verfahren in die Länge zu ziehen und bis zum Supreme Court als höchstem Gericht zu bringen. Hält sich die Regierung dann nicht an die letztinstanzlichen Urteile, stürzt die USA in eine Verfassungskrise, wie Staatsrechtler warnen. Denn Gerichte können letztlich keine Zwangsmaßnahmen durchsetzen, um die Regierung tatsächlich zur Umsetzung von Gerichtsurteilen zu bewegen. Diese Gefahr scheint aktuell aber eher gering zu sein. Denn von den neun Richter:innen des Supreme Courts sind sechs sehr konservativ. Trump kann darauf setzen, dass sie in seinem Sinn urteilen. Aber noch gibt es vereinzelt Widerstände.

Aufsehen erregte im März 2025 eine öffentliche Rüge durch den Vorsitzenden des Supreme Courts. Bei dem Streit mit dem Präsidenten ging es um die rechtswidrige Abschiebung von über 200 Venezolanern in ein Gefängnis nach El Salvador. Die Eilanordnung eines Bundesrichters, die Flugzeuge mit den Abschiebehäftlingen müssten umkehren, wurde nicht befolgt. Trump hatte als Reaktion auf die richterliche Entscheidung die Amtsenthebung des Richters gefordert und ihn als „linksradikalen Wahnsinnigen“ bezeichnet (Deutschlandfunk vom 21. März 2025). Der vorsitzende Richter des höchsten Gerichts, John Roberts, entschied sich aus Anlass der aggressiven Rhetorik Trumps und der bis dahin nie erlebten Missachtung richterlicher Unabhängigkeit zu einem seltenen öffentlichen Kommentar: Nicht das Amtsenthebungsverfahren sei die richtige Reaktion, sondern die nächste Instanz anzurufen.

Dass der Präsident über den Gerichten steht, ist eine verbreitete Position unter den Beratern Trumps. Richter:innen dürften die legitime Macht der Exekutive nicht kontrollieren, findet etwa Vizepräsident JD Vance. Nach Vance machen nicht Gewaltenteilung und Grundrechte ein demokratisches System aus, sondern der Wille der Mehrheit. Eine mit Mehrheit gewählte Exekutive stehe über den anderen Gewalten und damit über dem Gesetz. Das

gelte für die Innen- wie die Außenpolitik. Diese Sichtweise wird in den USA unter dem Label „Unitary Executive Theory“ (Theorie der einheitlichen Exekutive) vertreten.

Die Theorie kam während der Reagan-Administration auf und gewann zunehmend an Bedeutung. Sie wendet sich gegen das System der gegenseitigen Kontrolle, das die exekutive Macht des Präsidenten einschränkt. Auch Trump beruft sich auf diese Theorie, lehnt danach das Prinzip der Gewaltenteilung ab und propagiert eine exekutive Macht, die von den „Fesseln“ des Kongresses oder Gerichten befreit ist. Die an der University Princeton kehrende Professorin für für Soziologie und International Affairs, Kim Lane Scheppele, erläutert die historische Dimension der Theorie:

„Die unitary executive theory zieht ihre Inspiration aus der Tatsache, dass die im Jahr 1787 (und damit lange vor Entstehung des modernen Verwaltungsstaats) verfasste US-Verfassung in Artikel II über die Exekutivgewalt nur den Präsidenten erwähnt. Befürworter*innen dieser Theorie argumentieren deshalb, dass der Präsident der einzige zur Exekutivgewalt verfassungsrechtlich ermächtigte Akteur sei. Alle Mitarbeitenden von Regierungsbehörden hätten daher seinen Anordnungen zu folgen.

Keinerlei Beachtung findet dabei der Umstand, dass der US-Kongress in über hundert Jahren viele Verwaltungsbehörden geschaffen hat, die alle zu unterschiedlichen Graden vom Präsidenten unabhängig sind. Der Kongress stellte dabei ausdrücklich fest, dass der Präsident das Personal jener Behörden nicht nach Belieben einstellen oder entlassen kann, sondern nur aus triftigen Gründen. Ebenso definierte er klare Zuständigkeiten und Schwerpunkte dieser Behörden. Die unitary executive theory will die Beschränkungen präsidentialer Macht in Bezug auf Behörden dagegen als verfassungswidrig aus dem Weg räumen – mit dem Argument, dass der Präsident in der Lage sein müsse, jede dieser Behörden bis ins Detail persönlich zu steuern.“

Einschüchterungskampagne gegen Juristen

Zum Kampf gegen die Unabhängigkeit der Justiz in den USA gehören neben dem Aufbau exekutiver Macht, der Missachtung von unliebsamen Gerichtsurteilen auch handfeste Gewaltandrohungen gegen Richter:innen. Die Rhetorik auf Regierungsseite nimmt parallel dazu auffällig an aggressiver Schärfe zu. So sprach ein enger Berater Trumps von „juristischer Tyrannei“ nach einem für die Regierung negativen Gerichtsurteil. Eine Rechtsethikerin aus Los Angeles bezeichnet das Vorgehen der Regierung dagegen als „einen Blitzkrieg gegen das Justizsystem und die Richter“ (Süddeutsche Zeitung vom 7. August 2025).

Daneben werden auch Anwaltskanzleien ins Visier genommen. Trump entzog mit Dekreten selbst Großkanzleien Regierungsaufträge und ergriff andere geschäftsgefährdende Strafmaßnahmen. In den Anordnungen wird behauptet, „die Kanzleien stellten eine Bedrohung für die amerikanische Demokratie dar, weil sie in der Vergangenheit gegen Präsident Trump opponiert hatten und weil sie bei Einstellungen auf die Diversität der Angestellten geachtet hatten – eine Praxis die in fast der gesamten Branche üblich war“ (Rahel Cohen, Seite 55).

Fazit

Mit seiner Interpretation der Verfassung beansprucht Trump quasi diktatorische Machtbefugnisse. Vor diesem Hintergrund erfasst die von Juristen ins Spiel gebrachte „Verfassungskrise“ die zugespitzte Situation in den USA nicht ausreichend. Bezeichnend ist, dass Trump nicht einmal versucht, eine Fassade der Legalität zu errichten, die Gewaltenteilung für alle sichtbar aushebelt und die USA in einen autoritären Staat umbaut.

Quellen:

„Angriff auf den Rechtsstaat – Trump gegen die US-Justiz“, Deutschlandfunk vom 21. März 2025

Rahel Cohen: „Lernt aus unseren Fehlern!“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2025, Seite 54-58

David. A. Graham: Der Masterplan der Trump-Regierung. Wie ein radikales Netzwerk in Amerika die Macht übernimmt, Frankfurt am Main 2025

Naomi Klein/Astrid Taylor: „Aufstieg des Endzeitfascismus“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2025, Seite 47-60

Michael Moorstedt: „Musk ist weg, sein Wahnsinn nicht“, Süddeutsche Zeitung vom 7. August 2025

Bernd Pickert: „Mehr als eine Verfassungskrise“, taz

(Online) vom 19. März 2025

<https://taz.de/Donald-Trumps-Kampf-mit-der-Justiz/16076893/>

Kim Lane Scheppelle: „Trumps Gegenverfassung“, Verfassungsblog.de vom 21. Februar 2025

<https://verfassungsblog.de/trumps-gegenverfassung/>

„Setzt Trump den radikalen Plan ‚Project 2025‘ um?“, Deutschlandfunk vom 10. Juni 2025

<https://www.deutschlandfunk.de/trump-project-2025-100.html>

„Trumps Amerika: Stresstest für die Demokratie“, Jörg Biesler im Interview mit Volker Debat, Deutschlandfunk vom 16. Januar 2025

<https://www.deutschlandfunk.de/trump-amerika-demokratie-verfassung-100.html>

Rechtslibertarismus – autoritärer Angriff auf den Umverteilungsstaat

Das Verhältnis von staatskritischen rechtslibertären Trump-Fans und den Anhänger:innen eines Umbaus der USA zu einem starken autoritären Staat ist erklärungsbedürftig.

Norbert Wohlfahrt schreibt dazu in der Jungen Welt:

„Trumps Realpolitik weicht in vielen Facetten von der libertären Ideologie ab. Die Vision eines libertären Anarchismus – eine kapitalistische Konkurrenzgesellschaft ohne jede staatliche Gewalt – gehört nicht zur DNA der MAGA-Bewegung, im Gegenteil: Jeder Deal beruht auf dem Verweis auf die überlegene staatliche Gewalt, die ihn letztlich auch erzwingen kann. Ein libertärer Gewaltfanatismus mag manchem als Widerspruch erscheinen: realpolitisch – das demonstriert die Trump-Präsidentschaft – lässt sich mehr Kapitalismus nur durch mehr staatliche Gewalt herbeiführen. So ist die libertäre Ideologie zwar nicht deckungsgleich mit der Politik der Trump-Regierung, dennoch offenbart sie einiges über deren Programmatik – denn sie bildet auch die ideologische Basis des weltweit stattfindenden Kampfes gegen jede Form ‚sozialistischer‘ oder wohlfahrtsstaatlicher Vorstellungen einer gerechteren Gesellschaft.“

Als tragende Pfeiler der Trump-Regierung gelten die konservativen, völkischen Nationalisten, die evangelikalen Fundamentalisten, die rechtslibertäre Szene sowie die damit verbundenen zunehmend rechtsextrem auftretenden sogenannten Tech-Oligarchen. Im Gegensatz zur Situation hierzulande stellt der Rechtslibertarismus in den USA eine lebendige Bewegung dar und prägt akademische und öffentliche Diskurse.

Begriffliches

Laut Wikipedia-Eintrag ist der Libertarismus „eine politische Philosophie und Bewegung, die

in der individuellen Freiheit den höchsten politischen Wert sieht. Libertäre versuchen, Autonomie und politische Freiheit zu maximieren, und betonen freie Assoziation, Wahlfreiheit, Individualismus und freiwillige Vereinigung“. Klingt nach einem linken Programm: Der Soziologe Andreas Kemper, der intensiv über die Verbindungen des Rechtslibertarismus zur Neuen Rechten geforscht hat, verweist aber darauf, dass sich die politische Rechte den Begriff angeeignet hat. Im 19. Jahrhundert stand er noch für eine feministisch-sozialistische Ausprägung des Anarchismus, während er heute und im Zuge einer Bedeutungsverschiebung Verfechtern eines radikalen Kapitalismus als Bezeichnung für ihr eigenes Verständnis von individueller Freiheit dient – als Basis und Ausdruck verabsolutierten Privateigentums. So bevorzugt Kemper in seinem Buch „Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus“ (2022) den vom französischen Ökonomen Thomas Piketty geprägten Begriff des Proprietarismus (lat. „proprius, dt. „Eigentum“). Denn wer sich heute als libertär bezeichnet, vertritt die Ideologie, Eigentum an Produktionsmittel möglichst uneingeschränkt nutzen können – in Extremform im Rahmen einer reinen Privatrechtsgesellschaft.

Die ethische Begründung

Die Vordenker des Rechtslibertarismus stehen in der Tradition der Österreichischen Schule für Nationalökonomie, die mit ihrer marktradikalen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie gegenwärtig ein Comeback erlebt (z. B. durch Javier Milei) und sich als oppositionelle Denkrichtung zur Mainstream-Ökonomie versteht. Einer der wichtigsten Vertreter, Ludwig von Mises (1881-1973), schrieb 1927 in seinem Buch „Liberalismus“:

„Das Programm des Liberalismus hätte also, in ein einziges Wort zusammengefaßt, zu

lauten: Sondereigentum an den Produktionsmitteln. (...) Alle anderen Forderungen des Liberalismus ergeben sich aus dieser Grundforderung.“ (Ludwig von Mises: Liberalismus, 1927, Seite 17, zit. n. Elias Hechinger, Seite 45) Der Kapitalismus sei deshalb die einzig denkbare und mögliche Gesellschaftsordnung, mit der sich schlicht abgefunden werden müsse (ebd., Seite 45).

An diesen Gedanken knüpfen weitere intellektuelle Wegbereiter des von Trump verkörperten autoritären Rechtspopulismus an. Dazu gehören der US-amerikanische Ökonom und Philosoph Murray Rothbard (1926-1995) und sein Schüler Hans-Hermann Hoppe (geb. 1949), der in Frankfurt/Main Soziologie studierte, danach in die USA auswanderte und als Wirtschaftsprofessor an der University of Nevada in Las Vegas tätig war. Während Mises auf einen Minimalstaat setzt, der sich auf die Sicherung des privaten Eigentums beschränkt, gehen Rothbard und Hoppe einen Schritt weiter. Auch der Bereich der Sicherheit soll den freien Marktbedingungen überlassen werden. Sie bezeichnen sich deshalb als „Anarchokapitalisten“, die die komplette Ersetzung des Staats durch Unternehmen anstreben. [1]

Wie aber argumentiert Murray Rothbard? Als Ökonom hält er Monopole für schlecht, weil sie zu höheren Kosten und geringe Qualität führen. Als politischer Philosoph lehnt er den Staat aus ethischen Gründen ab, denn als Gewaltmonopolist behält sich dieser das Letztentscheidungsrecht vor (Rechtsetzung und -sprechung) und bildet wegen der Besteuerung der „produktiven“ Individuen quasi eine Räuberbande und „riesige kriminelle Vereinigung“ (Rothbard, Seite 179). Anfang der 1980er Jahre lieferte Rothbard mit seinem Buch „Die Ethik der Freiheit“ eine philosophische Begründung des libertären Denksystems.

Seine Überlegungen betrachtet der Autor lediglich als Grundriss eines noch zu schaffenden libertären Rechts. Der Staat erscheint

dabei als der natürliche Feind der Freiheit und eines „wirklichen Rechts“. Freiheit wird rein negativ verstanden, das heißt frei von jeglichem äußeren Zwang und Einschränkungen. Der Schlüssel zur Freiheit basiert auf dem Recht auf privates Eigentum, so dass ein gewaltsamer Eingriff in das berechnete Eigentum eines anderen Individuums als „Verbrechen“ gilt (dazu zählt auch die Besteuerung durch den Staat). Rothbard leitet diese Prämissen naturrechtlich ab. Für ihn bestehen neben physikalischen Naturgesetzen auch ethische. Naturgesetze aber werden nicht gemacht, sondern sie sind einfach „da“ und müssen gefunden werden. Das Mittel, mit denen Menschen sie erkennen können, ist die Vernunft. Nur ein Leben im Einklang mit den ethischen Naturgesetzen ist ein moralisch korrektes Leben, die Vernunft erfasst also das für den Menschen objektiv Gute. Naturgesetze gelten im Gegensatz zu positivem staatlichem Recht absolut, sie sind unwandelbar, gelten zu allen Zeiten und an allen Orten. Die libertären Philosophen gehen also von einer objektiv erkennbaren Natur des Menschen aus und wissen, wie er wirklich ist und aufgrund welcher Anreize er wie handelt.

Mit der Idee, dass individuelle Freiheit bzw. persönliche Autonomie nur auf Basis privaten Eigentums zu gewinnen ist, stehen die Rechtslibertären in der Tradition des Philosophen und „Vaters des Liberalismus“ John Locke (1632-1704). Locke formulierte im Grunde eine Rechtfertigung des englischen Besitzbürgertums. Die am ökonomischen Nutzen orientierte Eigentümergesellschaft und damit das private Eigentum siedelt er bereits im Naturzustand an – als notwendige Voraussetzung der menschlichen Existenz. Locke denkt den Menschen radikal als Einzelwesen. Jeder Mensch hat zunächst Eigentum an seinem eigenen Körper und an seiner Person („Selbsteigentum“), mittels seiner Arbeit erzeugt er Gegenstände, die in sein Eigentum übergehen. Für seine Arbeit bzw. Arbeitsfähigkeit schuldet die Person der Gesellschaft nichts.

Die Erfindung des Geldes ermöglicht eine auf Ausweitung der Produktion beruhende Tauschwirtschaft, die zur Akkumulation des Eigentums von Marktakteuren führt, so dass Geld zu Kapital wird. Unvermeidliche Konsequenz der Geldwirtschaft sind ungleiche, aber „gerechte“ Eigentumsverhältnisse. Denn die soziale Ungleichheit in einer Eigentümergeinschaft ist wegen ihrer naturrechtlichen Ableitung legitim (auch aufgrund von Übertragungen von Eigentum: Schenkungen oder Erbschaften). Locke beseitigt jeden moralischen Skrupel bei der Schaffung und Mehrung individuellen Eigentums, denn ein bearbeiteter bzw. durch Arbeit veränderter Gegenstand gehört nicht mehr zu dem, was als Gemeinbesitz aller Menschen deklariert werden könnte. Für John Locke ist es natürlich und legitim, dass jeder Mensch bestrebt ist, sich soviel Besitz wie möglich anzueignen.

Jeder Unternehmergeinn als Ergebnis des Produktions- und Tauschprozesses ist deshalb nach libertärer Auffassung gerecht und unantastbar, sofern bei den Geschäften keine Gewalt(androhung) oder Täuschung im Spiel ist. [2] Die als Ergebnis der freien Tauschbeziehungen spontan entstehende soziale Ordnung bildet die Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Staatliche Beschränkungen und Eingriffe in das private Eigentum stören diese natürliche Ordnung. Da der reine Kapitalismus Ausdruck eines ethischen Naturgesetzes ist, handeln „linke Egalitaristen“ widernatürlich und revoltieren gegen die Natur (auch ihre eigene).

Die Konsequenz dieses Denkens lässt nur eine Privatrechtsgesellschaft als Alternative zum Staat zu. Sind aber alle gesellschaftlichen Bereiche privatisiert, gibt es kein „Gemeinwohl“ mehr, denn das „Gemeinwesen“ definiert sich dann nurmehr über die Summe aller Individuen. Die Logik der libertären Lehre, dass sich allein vom Privateigentum universell gültige gerechte Regeln ableiten lassen, zeigt sich in ihrer Anwendung auf wichtigen soziale Feldern als letztlich asozial und gnadenlos.

Moralische Konsequenzen: Barbarisches libertäres Recht

Eine reine Privatrechtsgesellschaft kommt ohne öffentlich-rechtlichen Staat, ohne von Parlamenten erlassene Gesetze und staatliche Normen aus. Alle Lebensbereiche werden privatisiert, von der Sicherheit über die Verwaltung bis hin zu allen Formen der Daseinsvorsorge. Privatgesellschaften übernehmen die staatlichen Aufgaben, ob es sich um Bildungseinrichtungen, die Bewirtschaftung von bislang öffentlichen Plätzen oder Straßen oder den Einsatz privater Schiedsgerichte anstelle der öffentlichen Gerichtsbarkeit handelt.

Das allgemeine Rechtsprinzip des Privatrechts bildet die Privatautonomie. Da die Privatautonomie aller Individuen gleichwertig ist, sind aus Sicht der Privatrechtstheorie richterliche Abwägungen diverser Freiheitsrechte bzw. eine Hierarchisierung widerstreitender Rechte nicht hinnehmbar. Eine Rechtsabwägung ist aus dieser Sicht allein im staatlichen Recht verankert, privaten Schiedsrichtern in einer Privatrechtsgesellschaft im Falle einer Konfliktschlichtung dagegen nicht möglich. Das Recht zur Selbstbestimmung ist insofern unantastbar, soweit dasselbe Recht der anderen Individuen respektiert wird (vgl. Frank L. Schäfer, Seite 755ff.).

Die a-sozialen Konsequenzen zeigt Murray Rothbard in seiner „Ethik der Freiheit“ auf. Er betont, dass der libertäre Rechtsbegriff ein „negativer“ ist. Danach hat niemand das Recht, jemanden zu zwingen, eine aktive, „positive“ Handlung zu begehen, weil ansonsten dessen Recht an der eigenen Person („self-ownership“) verletzt wird. Einem Unfallopfer nicht zu helfen, wäre demnach nicht rechtswidrig, selbst wenn dafür nur ein geringer Aufwand nötig wäre. Auch dürfte eine schwangere Frau, die über das absolute Recht über ihren Körper verfügt, einen ungewollten Fötus als „parasitären Eindringling“ aus ihrem „Herrschaftsgebiet ausstoßen“. Daneben gäbe es in einer libertären Gesellschaft keinen erzwingbaren Anspruch auf Handlungen von

Eltern, das Leben ihrer Kinder zu erhalten. Eltern sollten gesetzlich nicht verpflichtet sein, ihre Kinder zu ernähren und zu erziehen (ggf. aufgezwungene positive Handlungen). Die Verpflichtung, irgendetwas für irgendjemand anderen zu tun, wäre schlicht eine Verletzung des Rechts auf Selbstbesitz. Im Übrigen, so Rothbard, würde in einer libertären Gesellschaft ein „freier Baby-Markt“ aufblühen und das moralische Problem mit ökonomischen Mitteln minimieren (Rothbard, Seite 108ff.).

Politische Konsequenzen I: Ein Lob der Steuerhinterziehung

Rothbards Schützling Hans-Hermann Hoppe betrachtet die westlichen Demokratien als Klassenstaaten. In seinem Verständnis bilden Staatsbeamte und Sozialhilfeempfänger als Steuerkonsumenten parasitäre Klassen, die gemeinsam die „produktiven Leistungsträger“ ausbeuten. Die „Unterklasse“ wachse, so Hoppe, und werde zu einer „permanenten ökonomischen Plage für die produktive Klasse“. Vor allem aber hat er es auf die Menschen im Staatsdienst abgesehen:

„Sie sind also allesamt genauso Steuer-Profiteure wie Hartz-IV-Empfänger, nur auf sehr viel höherem, teurerem beziehungsweise kostspieligerem Niveau. Im besten Fall werden sie dafür bezahlt, Dinge zu tun, die sehr viel billiger und besser vom Markt erledigt werden könnten. In manchen Fällen werden sie einfach nur fürs Nichtstun bezahlt. In aller Regel aber sind sie, darin angeführt und angeleitet von den Politikern an der Spitze des Staatsapparates, damit beschäftigt, wirtschaftliches Unheil anzurichten.“

Steuern bezeichnet er konsequent rechtslibertär als eine „moralische Sauerei“. Der ganze demokratische Steuerstaat sei nichts anderes als eine unermessliche Verschwendung knapper sachlicher und menschlicher Ressourcen und moralisch betrachtet eine Brutstätte ökonomischen staatlichen Banditentums. Steuerhinterziehung hält Hoppe deshalb für legitim, sogar für einen „positiven, sozialen Beitrag zur

Trockenlegung eines riesigen moralischen und wirtschaftlichen Sumpfes“. Niemand sei verpflichtet, dem Staat zu gehorchen, allenfalls wenn er das Privateigentum gegen Angriffe verteidige. Jeder sei berechtigt, den Steuerstaat, zum Beispiel bei der Einkommenssteuer-Erklärung, anzulügen. Nicht Steuersünder wie Uli Hoeneß oder Alfons Schuhbeck, die vor Jahren bundesweit für Schlagzeilen sorgten, seien im ökonomischen und moralischen Sinne asozial, sondern diejenigen, die Steuersünder an den Pranger stellen wollten (vgl. Hoppe: „Vom moralischen und wirtschaftlichen Wohl der Steuerhinterziehung“).

Politische Konsequenzen II: Sezession

Hoppe setzt sich für eine konsequente politische Dezentralisierung ein: Tausende kleine Liechtensteins und Singapurs sollen die Nationalstaaten ersetzen und im internen Wettbewerb im Idealfall für eine weltweite Niedrigsteuer- und Deregulierungspolitik sorgen.

„Wenn es nach Hoppe ginge, würden die neuen Territorien sehr viel kleiner sein als die zeitgenössischen Nationalstaaten. ‚Je kleiner das Land‘, erklärte er, ‚desto größer der Druck, sich nicht für Protektionismus, sondern für den Freihandel zu entscheiden.‘ Er führte die Mikronationen und Stadtstaaten als Vorbilder an und forderte eine Welt von ‚Zehntausenden freien Ländern, Regionen und Kantonen, von Hunderttausenden freien Städten.‘ Ihm schwebte so etwas wie das mittelalterliche Europa vor – im Jahr 1000 war der Kontinent von einem Flickenteppich von Tausenden verschiedenen Staatsorganisationen bedeckt gewesen, der im Lauf der Zeit zu wenigen Dutzend Nationalstaaten verschmolzen worden waren. Rothbard hatte gefordert, das 20. Jahrhundert rückgängig zu machen. Hoppe ging noch weiter: Er wollte das zweite Jahrtausend rückgängig machen.“ (Slobodian, Seite 164)

Passend dazu favorisiert Hoppe eine Erbmonarchie gegenüber eine demokratisch gewählte Staatsregierung.

Ein Monarch in Gestalt eines absoluten Herrschers beute sein Eigentum monopolistisch aus, kümmere sich aber verantwortungsvoll um die Rückwirkungen seines Tuns – im Gegensatz zu den temporären und austauschbaren, deshalb kurzsichtig handelnden Verwaltern des modernen Staats. Nach Hoppe denkt der König wie ein Unternehmer, behandelt sein Land pfleglich und langfristig denkend. Hoppes Ideal des wohlmeinenden Alleinherrschers regiert effizient und denkt vor allem an das Wohlergehen seiner Untertanen. Der historische Übergang von der Monarchie zur demokratischen Staatsform stellt für ihn deshalb keinen Fortschritt, sondern einen zivilisatorischen Niedergang dar (vgl. Hoppe: Der Wettbewerb der Gauner). Aber: Ein „100-Prozent-Kapitalismus“ (Hoppe) im Rahmen einer reinen Privatrechtsgesellschaft bildet für ihn dennoch die erste aller Optionen.

Auch für Curtis Yarvin, ein politisch rechtsgegründeter Blogger und Vertreter der „Dark-Enlightenment-Bewegung“, hat die Demokratie als System versagt. Eine von „CEO-Monarchen“ mit absoluter Entscheidungsmacht geführte Welt kleiner Stadtstaaten erscheinen ihm die Ideallösung zu sein. Sind die Bürger-Kunden mit dem „Produkt“ unzufrieden, können sie jeder Zeit auswandern und einem anderen Gemeinwesen beitreten (wenn sie denn gelassen werden). Yarvin verfügt offenbar über exzellente Verbindungen zu den Eliten im Silicon Valley und über einen wichtiger Einfluss auf US-Vizepräsident JD Vance – und gilt als guter Freund Peter Thiels.

Auch der setzt bekanntlich auf Tech-Cities außerhalb bestehender Gerichtsbarkeiten. Laut Yarvin soll ein „wohlwollender König“ den aus einer Sicht heute herrschenden Macht-komplex bestehend aus Regierungsbeamten, Medien, Wissenschaft u.s.w. („die Kathedrale“) ersetzen.

Die Jungle World kommentierte im Mai 2025: „Sein ‚Staat 2.0‘ wäre eine Art Monarchie mit Rechenschaftspflicht, die wie ein Start-up

funktioniert – ein historisches Beispiel Yarvins für diese Art von Monarchie ist übrigens ausgerechnet das Preußen von Friedrich dem Großen. In diesen Staatsunternehmen wären die Bürger Kunden, denen das Management eine ‚gute Regierungsleistung‘ liefern muss – sonst können sie ‚kündigen‘, also: auswandern in einen anderen Staat im ‚Patchwork‘ beliebig vieler Mini-Staats-Corporations, welche die heutigen Nationalstaaten Yarvins gleichnamigem Buch zufolge ersetzen sollen. Wahlen sind in diesem System natürlich überflüssig. Sie führen nur zu ‚Chaos, Inkompetenz und Korruption‘. Yarvins CEO-Staat soll effizient arbeiten – nicht debattieren; Bürger sollen nicht mitbestimmen, sondern konsumieren. Im Übrigen seien manche Rassen intelligenter als andere und die US-Bürgerrechtsprogramme seien ‚auf Bevölkerungsgruppen‘ angewandt worden, ‚die erst seit kurzem Jäger und Sammler sind‘. Das Ergebnis: ‚absoluter menschlicher Müll‘. Und, ach so, Nelson Mandela war ein Terrorist, vergleichbar mit Anders Breivik, und Präsident Franklin D. Roosevelt ein effektiverer Autokrat als Hitler.“ (Baumgärtner)

Politische Strategie: Rechtsextreme Allianz

Rothbard und Hoppe gelten aber nicht nur als ideologische Vordenker des Rechtslibertarismus, sondern auch als Ikonen der extremen Rechten. Denn sie stellten viel beachtete strategische Überlegungen an, um politisch Einfluss zu nehmen. Als philosophische Anarchokapitalisten sind sie zugleich praktische Minimalstaatler, denn sie wissen, dass sie den Staat nicht einfach abschaffen können. Ihre zwei im Folgenden kurz vorgestellten Strategiepapiere zeigen, dass sie als intellektuelle Wegbereiter des autoritären Rechtspopulismus gelten, wie er auch von Trump verkörpert wird.

In seinem Text „Right Wing Populism: A Strategy for a Paleo Movement“ von 1992 legte Rothbard ein Programm des rechten Populismus vor. Er zeigt sich offen für Bündnisse

mit Konservativen und extrem rechten Strömungen. Zentraler Gedanke ist dabei die Formung einer libertären Elite, die an den etablierten Medien und Intellektuellen vorbei die Bevölkerung (die steuerzahlenden Menschen) direkt anspricht und die Unterdrücker (Institutionen, Personen) demaskiert und an den Pranger stellt. Als idealer Rahmen bieten sich für Rothbard Präsidentschaftskampagnen an. Die Teilnahme an Wahlen in einer Umgebung staatlichen Zwangs bedeutet für ihn aber keineswegs eine Zustimmung für die Existenz des Staates. Aber um die Staatsmacht zu verringern, müsse hier gezwungenermaßen angesetzt werden.

In seinem Forderungskatalog als Angebot an die potentiellen rechten Bündnispartner führt Rothbard folgende Punkte auf:

- radikale Senkung aller Steuern (v.a. der Einkommensteuer)
- Abschaffung, mindestens die radikale Kürzung aller wohlfahrtsstaatlichen Leistungen
- hartes Vorgehen gegen Kriminelle (ausgenommen sind ausdrücklich die „white collar criminals“ und „inside traders“)
- „Entfernung“ der „Landstreicher“ von den Straßen („Where will they go? Who cares?“)
- Abschaffung der Zentralbank der USA (FED)
- „America First“: Rückzug aus internationalen Verpflichtungen („Come home America. Stop supporting bums abroad. Stop all foreign aid.“)
- Verteidigung der traditionellen Familienwerte

Hoppe legte 2018 seine strategischen Gedanken vor („Libertäre und Alt-Right – strategische Gedanken“). Als „Hauptfeinde“ identifiziert er die herrschenden Eliten, die den Staatsapparat bzw. den „deep state“ oder die „Kathedrale“ der Militärs, Geheimdienste, Zentralbanken und obersten Gerichte kontrollieren. Alle zusammen „zocken“ gemeinsam die riesige Gemeinschaft der Steuerzahler ab und leben auf deren Kosten im Luxus. Als zweite, größere Gruppe der Feinde ent-

deckt Hoppe die Intellektuellen und Erzieher, „von den höchsten akademischen Ebenen bis hinunter zu den Grundschulen und Kindergärten“. Weil direkt oder indirekt vom Staat finanziert, sind sie überwiegend willige Werkzeuge in den Händen der herrschenden Eliten. Als dritte Feindkategorie führt Hoppe die Journalisten der „Hauptstrommedien“ als „feige Empfänger und Verbreiter staatlicher „Informationen“ an.

Um die „Opfer“ zu benennen, spricht Hoppe neben dem rein ökonomischen Aspekt (die Steuerzahler) auch den kulturellen Faktor an. Danach führen die herrschenden Eliten einen „systematischen Kulturkrieg“, um alle „natürlichen oder organischen sozialen Bindungen und Institutionen“ (Familien, ethnische Gruppen) zu zerstören. Angebliches Ziel ist die Schaffung einer atomisierten Bevölkerung, die leichter in existentieller Abhängigkeit vom Staat gehalten werden kann. Zu den Profituren gehören laut Hoppe auch die ausländischen Migranten, unabhängig davon, ob sie legal oder illegal eingereist sind. Im Ergebnis stellt er ein „allgegenwärtiges System der erzwungenen sozialen Integration“ auf Kosten der „kulturellen Homogenität“ fest.

Die libertäre Strategie sei auf die Gruppe der am stärksten benachteiligten Menschen zuzuschneiden – auf „Weiße, verheiratete, christliche Partner mit Kindern, insbesondere wenn sie auch zu den Steuerzahlern gehören“, um Verachtung für die herrschenden Eliten zu wecken. Hoppe fokussiert auf folgende Forderungen, um einen „libertären Wandel“ zu voranzutreiben:

Die „Masseneinwanderung“ ist zu stoppen, alle Einwanderer müssen „produktive“ Menschen sein, in einer libertären Ordnung gibt es kein Recht auf freie Einwanderung. Sämtliche Steuern sind abzuschaffen, die „Straßenverbrecher und Banden zu zerschmettern“, „alle Sozialschmarotzer zu beseitigen“ und der Staat ist aus dem Bildungsbereich zu entfernen. Den politischen Parteien und der

Politik insgesamt sei das Vertrauen zu entziehen – „schließlich ist es das Endziel des Libertarismus, der Politik ein Ende zu setzen“ (und alle zwischenmenschlichen Beziehungen und Konflikte dem Privatrecht zu überlassen).

Auch Peter Thiel stellte 2009 fest, die eigentliche Aufgabe der Libertären sei es, einen Ausstieg aus der Politik in all ihren Formen zu finden („The Education of a Libertarian“). Soll heißen: Demokratische Mitsprache passt nicht zu den Notwendigkeiten eines innovativen Kapitalismus, der von eigenständigen Forderungen „der Politik“ zu befreien ist. Der Bezug zu John Locke ist für die selbsternannten Libertären folgerichtig: Denn in der Lockeschen Tradition sind Eigentum und kapitalistische Produktion nicht verhandelbar – gehen ja dem Politischen voraus.

Zusammenfassung

Was hat es also mit dem Rechtslibertarismus auf sich? Im Folgenden der Versuch einer Zusammenfassung:

1. Ziel: Die Abschaffung des Sozialstaats und der parlamentarischen Demokratie zugunsten einer Privatrechtsgesellschaft (auf Basis eines Minimalstaats), in der tendenziell alle gesellschaftlichen Bereiche privatisiert werden (Gesundheit, Bildung, Polizei, Justiz, Verkehrswege u.s.w.). Statt Steuern müssten Nutzungs- oder Serviceentgelte für alle privat einzukaufenden Leistungen gemäß der eigenen Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft gezahlt werden.
2. Gründe für die Ablehnung des Staates: Der Staat wird sowohl aus ökonomischen (fehlende Effizienz) als auch ethischen (Staat als Räuber) Gründen abgelehnt, ein uneingeschränkter 100-Prozent-Kapitalismus angestrebt.
3. Menschenbild: Ein hyperrationaler, nüchtern kalkulierender homo oeconomicus wird imaginiert, ein geschichtlich unwandelbarer Mensch, der immer und überall auf dasselbe ökonomischen Anreizsystem reagiert.

Das Gesellschaftsmodell ist darauf angelegt, dass alle wirtschaftlichen Prozesse und zwischenmenschlichen Konflikte einvernehmlich, ggf. unter Hinzuziehung privater Schiedsgerichte, ausverhandelt werden. Gelingt dies nicht, darf das Recht in die eigenen Hände genommen werden (Recht auf privaten Waffenbesitz!). Der Mensch wird auf ein reines Marktsubjekt reduziert, die Beziehungen zwischen dem Menschen sind Tauschbeziehungen („Deal making“) und unterliegen den Marktgesetzen. Daraus ergeben sich zwangsläufig ökonomische und soziale Hierarchien, die als Ergebnis von „Naturgesetzen“ gerechtfertigt und damit als „moralisch gut“ bewertet werden.

4. Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse: Das Privateigentum (auch an Produktionsmittel) wird naturrechtlich abgeleitet, eine weitere philosophische Begründungspflicht entfällt somit. Eigentum ist als Voraussetzung für die Autonomie der Menschen jeglicher Politik entzogen – die entstehenden sozialen Hierarchien ebenso. Kapitalismus erscheint deshalb als alternativloses Ergebnis eines Naturgesetzes. Das erfordert eine ausgeprägte Anpassungsleistung. Wer über keine Geldmittel verfügt oder als Marktsubjekt „versagt“, kann allenfalls auf private „karitative“ Unterstützung rechnen. Der mehr als offen zur Schau getragene extreme Sozialdarwinismus von Rothbard, Hoppe und Co ist das Ergebnis der Unterscheidung zwischen „produktiven“ und den nicht „anpassungsfähigen“ und damit „unproduktiven“ Menschen im Produktionsprozess.
5. Gesellschaftliche „Reinheit“: Die Idee der Sezession und der Einrichtung von staatsfreien Privatstädten basiert letztlich auf Segregation und damit auch auf einen ausgeprägten Rassismus. Die Privatisierung aller bislang öffentlichen Räume und gesellschaftlichen Institutionen führt zu privaten Zugangs- und Ausschlussmechanismen. Ohne Einladung hat niemand ein Recht auf Einwanderung. Die Migrations-

feindlichkeit der Privatrechtsgesellschaft zeigt sich offen für ethnonationalistische Tendenzen, die Verherrlichung der ökonomisch „Produktiven“ lässt eine eugenische Stoßrichtung erkennen.

6. Kulturkampf: Die politische Strategie der Rechtslibertären ist auf einen langfristig angelegten Kulturkampf ausgerichtet: gegen alle als „links“ definierte Wertvorstellungen (Reduzierung der materiellen Unleichheit der Menschen, solidarisches Verhalten, Demokratisierung der Arbeitswelt) und für „natürlich“ gewachsene Hierarchien (Familie, Kirche, Autoritäten). Ungleichheit muss als Teil der Realität respektiert werden, denn der linke Kampf für mehr Gleichheit ist eine Auflehnung gegen die biologische, naturgesetzliche Wirklichkeit.

Anmerkungen:

- [1] Andreas Kemper dazu: „Es kann keinen ‚Anarchokapitalismus‘ geben, weil dies ein Widerspruch in sich wäre. ‚Anarchismus‘, An-Archos, heißt Herrschaftslosigkeit oder Herrschaftsfreiheit und Kapitalismus kann nicht herrschaftsfrei sein.“; Quelle: Andreas Kemper: „Proprietarismus: Eine neue Form von Faschismus?“, Graswurzelrevolution (Online) vom 27. Oktober 2023 <https://www.graswurzel.net/gwr/2023/10/proprietarismus/>
- [2] Thomas Piketty spricht vom „sakralen Proprietarismus“ (Gesellschaft, in der die Eigentumsrechte „heilig“ gesprochen werden), um den Manchesterkapitalismus Anfang des 19. Jahrhunderts zu bezeichnen (vgl. Andreas Kemper, Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus Münster, 2022, Seite 12).

Quellen:

Tilman Baumgärtner: „Toxische Inspiratoren“, Jungle World vom 22. Mai 2025
<https://jungle.world/artikel/2025/21/maga-einfluss-ideologie-usa-toxische-inspiratoren>

Elias Hechinger: „Rechts und radikal liberal“, in: Soziologiemagazin 1/2022

Hans-Herrmann Hoppe: Der Wettbewerb der Gauner. Über das Unwesen der Demokratie und des Ausweg in die Privatrechtsgesellschaft, Berlin 2012

Ders.: „Libertäre und Alt-Right – strategische Gedanken“, in: Sezession 82/Februar 2018
<https://sezession.de/61697/libertaere-und-alt-right-strategische-gedanken/>

Ders.: „Vom moralischen und wirtschaftlichen Wohl der Steuerhinterziehung – eine moralphilosophische und ökonomische Kritik“, 11. November 2022 (ursprünglich 2013 erschienen)
<https://www.misesde.org/2022/11/vom-moralischen-und-wirtschaftlichen-wohl-der-steuerhinterziehung-eine-moralphilosophische-und-oekonomische-kritik/>

Murray Rothbard: Die Ethik der Freiheit, Sankt Augustin 1999 (erschienen 1980)

Ders.: „Right-Wing Populism: A Strategy for the Paleo Movement“, Januar 1992
davidmhart.com/liberty/AmericanLibertarians/Rothbard/Strategy/1992RightWingPopulism.html

Frank L. Schäfer: „Privatrechtsgesellschaft des Liberalismus“, in: Klaus Pannen u.a.: Prozess als Wirklichkeit des Rechts. Festschrift für Stefan Smid zum 65. Geburtstag, München 2022, Seite 755-766

Quinn Slobodian: Kapitalismus ohne Demokratie, Berlin 2023

Norbert Wohlfahrt: „Freie Bahn fürs Kapital“, Junge Welt vom 13. August 2025

„Weniger Demokratie wagen!“

Rechtslibertarismus in Deutschland

Der Herausgeber des seit 1998 existierenden Zentralorgans der Rechtslibertären in Deutschland eigentümlich frei forderte schon vor 20 Jahren die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts [1]:

„Vielleicht sollte ernsthaft über folgende Idee nachgedacht werden: den Entzug des Wahlrechts für alle Nettostaatsprofiteure. Wählen dürfen demnach in Zukunft nur noch die Nettosteuerzahler, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft. Ein solcher Wahlrechtsentzug für die Unproduktiven wurde bereits in den 70er-Jahren von Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich August von Hayek angedacht und kürzlich von Ökonomieprofessor Hans-Hermann Hoppe aus Las Vegas präzisiert. (...) Heute ist ‚Weniger Demokratie wagen!‘ der letzte Ausweg vor dem sicheren Gang in den Totalitarismus.“

Der angesprochene Hoppe vertritt im übrigen die Ansicht, das allgemeine Wahlrecht habe die Herrschaft einer „natürlichen Elite“ verdrängt, während der Sozialstaat die Reproduktion der weniger Fähigen fördere und die Talentierte an ihrer Entfaltung hindere (vgl. Slobodian, Seite 166).

Auch Markus Krall, einer der Wortführer der deutschen rechtslibertären Szene und eine Art „Pop-Star unter den politischen Verschwörungsideologen“ (Süddeutsche Zeitung) will Deutschland à la Milei zu einem Minimalstaat zurechtstutzen und Empfängern von Transferleistungen das Wahlrecht entziehen. Schon vor einigen Jahren schlug er vor, dass „jeder, der wählen geht, sich am Beginn jeder Legislaturperiode für die nächsten vier Jahre entscheiden soll, ob er Staatsgeld in Empfang nimmt oder ob er sein Wahlrecht ausübt. Jeder Wähler ist frei, sein Wahlrecht für wertvoller zu halten als den Bezug von Staatsgeld, sei es in Form von Sozialtransfers oder auch

in Form von Subventionen oder Beihilfen für ein Unternehmen, den Einbau einer Heizung oder Ähnliches. Diese Wahl trifft er aber immer wieder neu. Er kann sich nach vier Jahren umentscheiden, in Abhängigkeit von seinen Überzeugungen und persönlichen Lebensumständen. Er kann sein Wahlrecht aber nicht mehr dafür einsetzen, die Politik zur Beraubung anderer zu animieren“. (Freiheitsfunken)

Die Atlas-Initiative

Im Jahr 2019 gründete Krall die rechtslibertäre „Atlas-Initiative für Recht und Freiheit“. Der Name spielt auf Ayn Rands Roman „Atlas shrugged“ an. Der eingetragene Verein verkauft sich selbst als ordo-liberal und wertkonservativ, steht nach eigener Aussage „für das Wertegerüst einer freiheitlichen Gesellschaft, also die Achtung der Menschenwürde jedes Individuums, die Verteidigung des Rechts auf Privateigentum, die Familie als Keimzelle der Gesellschaft und des Staates, die jüdisch-christlich geprägte Idee der abendländischen Kultur und die Gedanken und Prinzipien der Aufklärung“ (Webseite Atlas-Initiative).

Nach Informationen des Onlinelexikons Lobylopedia agiert Krall dagegen „als verbindendes Element innerhalb der rechtsextremen Szene zwischen libertären, faschistischen und fundamental-christlichen Gruppierungen“. In einem Internetgespräch vom September 2025 erläutert Krall seine Unterstützung für die AfD, die nach seiner Darstellung auf keinen Fall einen autoritären Staat errichten wolle – ganz im Gegenteil: Angeblich opponiere sie gegen den Autoritarismus der „Mainstream-, Alt-, System- und Kartellparteien“. Und er setzt auf Elon Musk, der als Vertreter des Libertarismus in den USA die „marktwirtschaftlich richtigen Impulse“ setzen würde. Trump solle auf Musk hören, beide seien das ideale Tandem. Die Aufgabe einer künftigen

AfD-Regierung bestehe darin, die in den USA durch die MAGA-Bewegung entfachte ungebrochene Dynamik aufzugreifen (d-talk.de).

Im Internetauftritt der Atlas-Initiative wird Krall als einer der weltweit besten Kenner und Insider des Banken- und Kreditwesens angepriesen. Von 2019 bis November 2022 war er CEO und Sprecher der Geschäftsführung der Degussa Goldhandel GmbH. Das Geschäftsmodell des Unternehmens und von Krall, so Lobbypedia, bestand darin, „Ängste vor einer Währungsreform oder einem Kollaps des Bankensystems zu schüren, um die eigenen Produkte (Gold, Silber und andere Edelmetalle) besser verkaufen zu können“. Nachdem sich Degussa Ende November 2022 von Krall getrennt hatte, kooperierte er denn auch mit anderen Goldhändlern wie der Firma Kettner Edelmetalle. Auch Kettner Edelmetalle instrumentalisiert Angst als Kaufargument für Gold.

Es ist also kaum ein Zufall, dass der Ökonom und Buchautor Krall eine erhöhte Aufmerksamkeit vor allem mit seinen Thesen zu vermeintlich drohenden schweren Verwerfungen an den Finanzmärkten oder gar einem Crash des Systems erregte – und damit ein Millionenpublikum erreichen konnte. Als „Crashprophet“ sprach er sich für die Trennung des Staates vom Geld und der Zentralbank aus und warb im Rahmen von Youtube-Videos für den Goldstandard, der im 19. Jahrhundert eine Phase mit dem höchsten Wirtschaftswachstum ermöglicht habe. Krall – ein rechtsextremer Politaktivist, der seine politische Agenda als höchst profitables Geschäftsmodell versteht.

Unterstützung aus der Philosophie

Zu erinnern bleibt auch an die „Steuerdebatte“, die der Philosoph Peter Sloterdijk mit seinem Beitrag „Die Revolution der gebenden Hand“ in der FAZ vom 13. Juni 2009 anstieß. Seine gezielte Provokation bestand darin, die üblichen neoliberalen Steuersenkungsforderungen zu überbieten, indem er vorschlug, den „produktiven“ Schichten der sogenannten Leistungsträgern die Zahlung von Steuern künftig vollständig zu erlassen und das

Gemeinweisen durch freiwillige Gaben der Wohlhabenden zu finanzieren. In seinem Text kommt er auch auf die „umgekehrte Ausbeutung“ zu sprechen:

„Den liberalen Beobachtern des nehmenden Ungeheuers, auf dessen Rücken das aktuelle System der Daseinsvorsorge reitet, kommt das Verdienst zu, auf die Gefährdungen aufmerksam gemacht zu haben, die den gegebenen Verhältnissen innewohnen. Es sind dies die Überregulierung, die dem unternehmerischen Elan zu enge Grenzen setzt, die Überbesteuerung, die den Erfolg bestraft, und die Überschuldung, die den Ernst der Haushaltung mit spekulativer Frivolität durchsetzt – im Privaten nicht anders als im Öffentlichen. Autoren liberaler Tendenz waren es auch, die zuerst darauf hinwiesen, dass den heutigen Bedingungen eine Tendenz zur Ausbeutungsumkehrung innewohnt: Lebten im ökonomischen Altertum die Reichen unmissverständlich und unmittelbar auf Kosten der Armen, so kann es in der ökonomischen Moderne dahin kommen, dass die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven leben – und dies zudem auf missverständliche Weise, nämlich so, dass sie gesagt bekommen und glauben, man tue ihnen unrecht und man schulde ihnen mehr. (...) Die einzige Macht, die der Plünderung der Zukunft Widerstand leisten könnte, hätte eine sozialpsychologische Neuerung der ‚Gesellschaft‘ zur Voraussetzung. Sie wäre nicht weniger als eine Revolution der gebenden Hand. Sie führte zur Abschaffung der Zwangssteuern und zu deren Umwandlung in Geschenke an die Allgemeinheit – ohne dass der öffentliche Bereich deswegen verarmen müsste.“

„Die Mitte braucht angesichts des Reformstaus Radikalität“ (FDP-Chef Dürr)

Dass diese beispielhaft angeführten gesellschaftspolitischen Vorstöße zunehmend auf Zustimmung treffen, lässt sich den Ergebnissen der seit 2006 durchgeführten Erhebungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechts-

extremen Einstellungen in der deutschen Gesellschaft entnehmen.

Laut Mitte-Studie 2023 weisen knapp 20 Prozent der deutschen Bevölkerung ein „rabi- at marktförmig-libertäres“ Weltbild auf (Groß u.a., Seite 257). „Libertär Autoritäre“, heißt es in der Studie, „fühlen sich im Sinne der negativen Freiheit nur noch sich selbst verpflichtet – das macht das Libertäre aus.“ Von bindenden sozialen Normen oder verinnerlichter Rücksichtnahme auf andere, etwa in Form von Solidarität, hätten sie sich distanziert und stattdessen „auf äußere Gefahren gegen ihre individuellen Selbstverwirklichungsräume“ fokussiert (ebd., Seite 246).

Die aktuelle Studie geht sogar von einem Viertel der Bevölkerung aus, die eine libertär- autoritäre Ideologie vertreten (Nickel u.a., Seite 219). „Wir sehen auch: Libertär-Autoritäre stimmen deutlich häufiger der Aussage zu ‚Mit Leuten wie Elon Musk in der Politik würde es Deutschland besser gehen‘ (19 %). Musk und der mit ihm verbundene libertäre Politikstil scheinen also für Libertär-Autoritäre eine attraktive Alternative zur gegenwärtigen Politik in Deutschland zu sein.“ (ebd., Seite 222)

Gesellschaftliche Bewegungen und Trends, die in den USA ihren Ursprung haben, erreichen demnach oft – mit zeitlicher Verzögerung – auch Europa (Popkultur, Mode, Lifestyle, aber auch gesellschaftspolitische Bewegungen wie MeToo, Black Lives Matter oder Ideologien und Weltanschauungen wie QAnon-Verschwörungserzählungen) (vgl. ebd., Seite 214).

„Zentrales Element im libertären Autoritarismus“, so die Studie, „ist die Vorstellung von Freiheit als individuellem Besitz und nicht als inklusivem, gesellschaftlich vermitteltem Modus. In ihr vereinen sich autoritäre und radikal wirtschaftsliberale Weltanschauungen, deren gemeinsamer Kern unter anderem auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber verschiedenen, als fremd, wenig erfolgreich und wenig nützlich markierten Gruppen be-

ruht. Gruppen, die vermeintlich die individuellen Freiheiten bedrohen und einschränken könnten.“ (ebd., Seite 214f.)

Mit Verweis auf Studien der Soziolog:innen Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey heißt es weiter, dass eine negative Freiheitsvorstellung, die vor allem im Konsumieren, Erleben und Investieren gesucht werde, das heißt eine auf Abwehr beruhende, ökonomische Freiheit, die sich gegen als hinderlich empfundene staatliche oder gesellschaftliche Beschränkungen stelle, ein destruktives Potenzial entfalte, „indem sie sich mit autoritärer Härte und ungehemmter Aggressivität gegen all jene richte, die diesem individualistischen Freiheitsgedanken (vermeintlich) entgegenstehen“ (ebd., Seite 216).

Auch in Deutschland finden sich also Hinweise auf Verbindungen zwischen libertärem Autoritarismus und extrem rechten Positionen, wie auch der Schulterchluss zwischen Elon Musk und Alice Weidel verdeutliche, die die AfD mittlerweile als „libertär-konservativ“ bezeichnet.

Zeigen diese empirische Ergebnisse aber, dass der Rechtslibertarismus oder Anarchokapitalismus auch hierzulande tatsächlich immer mehr Anhänger gewinnt? Die (noch) erkennbaren Hindernisse sprechen im Folgenden zwei Autoren an:

Jonathan Eibisch in der linken Jungle World: „Das rechtslibertäre Lager hatte in Deutschland jahrzehntelang einen schweren Stand, zumindest im Vergleich zu den USA. Der Sozialstaat und die sogenannte Sozialpartnerschaft haben in der BRD breiten Massenwohlstand ermöglicht und dementsprechend einen guten Ruf. Doch soziale und demokratische Errungenschaften erodieren auch hierzulande. Das Erstarken der Rechtslibertären ist als Aspekt der generellen autoritären Umbrüche in der Herrschaftsordnung zu verstehen. Ihre Anhänger wollen ihre Anteile an zukünftigen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmöglichkeiten sichern.“

Die konservative Zeitschrift Cicero erklärt die Schwierigkeiten der Rechtslibertären in

Deutschland. Das Magazin zeigt sich von der brutalen Schocktherapie des Manns mit der Kettensäge in Argentinien schwer beeindruckt und lobt die klaren Ansagen Mileis an die dortige Armutsbevölkerung: „Der Staat kann euch nicht helfen. Doch ich Sorge dafür, dass der Staat euch nicht mehr daran hindern wird, euch selbst zu helfen.“

Cicero geht auch davon aus, dass die Libertären in Deutschland durch „Mileis Erfolge“ zahlreicher und sichtbarer geworden sind. Insgesamt aber, beklagt das Magazin, sei die Bewegung hierzulande „zu klein, zu heterogen, zu fragmentiert und zu männlich, als dass sie einen gesamtgesellschaftlichen Aufbruch anführen könnte.“ (Korfmacher, Seite 24)

Denn es sei dem Liberalismus in Deutschland nie gelungen, die „tief sitzenden etatistischen Glaubenssätze im deutschen Geist“ aufzubrechen (insbesondere den Glauben an eine staatlich organisierte soziale Sicherheit) und ihnen die eigene Idee von Freiheit, Menschenwürde und Eigenverantwortung entgegenzusetzen. Vor allem die „68er“ seien für „eine der effektivsten und zugleich verhängnisvollsten PR-Kampagnen der jüngeren Zeitgeschichte“ verantwortlich. Und damit für eine abnehmende Leistungsbereitschaft in der Bevölkerung und dem kontinuierlichen Ausbau des Wohlfahrtsstaates.

Der ehemalige FDP-Vorsitzende Christian Lindner hatte im letzten Bundestagswahlkampf gefordert, „mehr Milei und Musk“ zu wagen. Der aktuelle Chef der FDP, Christian Dürr, bestätigt gegenüber Cicero: „Ja, wir brauchen einen deutschen Javier Milei, auch Deutschland hat einen riesigen Reformbedarf.“ Sein Plan: Die FDP als „radikale Mitte“ neu definieren.

Fazit

Das extremkapitalistische rechtslibertäre Denken wächst in der Mitte der deutschen Gesellschaft, nicht nur am „rechten Rand“. Die Politik der „politischen Mitte“ radikalisiert sich auch hierzulande. Mögliche Folgen können anhand der Entwicklungen in den USA studiert werden.

Anmerkung:

[1] Zum gesellschaftlichen Kontext: Damals wurde in Deutschland die sogenannte Unterschichtende-batte geführt, initiiert vom Historiker Paul Nolte, der die These vertrat, es gebe eine „neue Unterschicht“, die „kulturell verelendet“ sei, weil sie die Hoffnung auf Besserung ihrer materiellen und sozialen Situation aufgegeben habe. Die Ursache dafür verortete er im Sozialstaat, weil der den betroffenen Menschen nötige bürgerliche „Tugenden und Werte“ wie Eigeninitiative und Selbstverantwortung „abertzogen“ hätte.

Quellen:

Jonathan Eibisch: „Eigentümlich autoritär“, Jungle World vom 3. Juli 2025

Eva Groß/Andreas Hövermann/Amelie Nickel: „Entsicherte Marktförmigkeit als Treiber eines libertären Autoritarismus“, in: Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn, 2023, Seite 243-258

Carsten Korfmacher: „Karthasis per Kettensäge“, in: Cicero, Oktober 2025

Markus Krall: „Sollen Empfänger von Staatstransfers wählen?“, Freiheitsfunken, 4. Oktober 2023
<https://freiheitsfunken.info/2023/10/04/21107-was-ist-das-wahlrecht-sollten-empfaenger-von-staatstransfers-waehlen>

„Markus Krall warnt: AfD-Mehrheit = Diktatur & Chaos?“, 28. September 2025
<https://d-talk.de/markus-krall-warnt-afd-mehrheit-diktatur-chaos->

André F. Lichtschlag: „Weniger Demokratie wagen“, Die Welt vom 19. September 2006
<https://ef-magazin.de/lichtschlag-artikel/die-welt-1/>

Quinn Slobodian: Kapitalismus ohne Demokratie, Berlin 2023

Peter Sloterdijk: „Die Revolution der gebenden Hand“, FAZ vom 13. September 2019
<https://petersloterdijk.net/2009/06/die-revolution-der-gebenden-hand> Anhang

Anhang

Palantir – Herrschaft ohne Kontrolle

Die italienische Ökonomin Francesca Bria erkennt in den USA einen Trend zur „Privatisierung der Souveränität“, der sich sukzessive auch in Europa durchsetze. So schlossen die US-Streitkräfte im Juli 2025 einen 10-Milliarden-Dollar-Vertrag mit dem Konzern Palantir Technologies ab – lagerten damit Kernaufgaben des Militärs an ein Privatunternehmen aus und gaben einen Teil ihrer Eigenständigkeit auf. Der Vertrag, so die Autorin, mache die Software von Palantir zu einem Standardbetriebssystem für verschiedene Bereiche: von der Informationsverarbeitung auf dem Gefechtsfeld über die Logistik der Rüstungslieferketten bis zum Personalmanagement.

„In Washington kristallisiert sich damit ein neues Machtgebilde heraus, das die bislang komplexeste Herausforderung für die demokratische Regierungsform im digitalen Zeitalter darstellt: der autoritäre Hightech-Komplex. Und der agiert noch schneller, ideologischer und strikter im Interesse der Unternehmer als frühere Varianten des militärisch-industriellen Komplexes. Die Herren des Silicon Valley bauen nicht mehr nur Apps, sie bauen Imperien.“ (Bria, Seite 1)

Im Verbund mit anderen Firmen, Investoren und Ideologen entstehe darüberhinaus ein vielschichtiges Gebilde aus Cloud-Plattformen, KI-Modellen, Finanzinstrumenten, Drohnennetzwerken und Satellitensystemen, das zu einer integrierten techno-politischen Infrastruktur der Überwachung entwickelt würde. An der Spitze dieses „autoritären Blocks“ stünden die „Rechts-außen-Figuren des Silicon Valley“ – unter anderen Peter Thiel, Elon Musk und Alexander Karp (CEO von Palantir; Gründer und Verwaltungsratschef Thiel hält sich aus dem operativen Geschäft heraus). „Im Gegensatz zum traditionellen Modell autoritärer Herrschaft mittels Mobilisierung der Massen

und staatlicher Gewaltausübung beruht dieses neue System „privatisierter Souveränität“ auf einer technologischen Infrastruktur und koordinierten finanziellen Operationen, gegen die anzukämpfen nicht nur schwierig, sondern zwecklos erscheint.“ (ebd.)

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich seit Mitte 2025 in Europa. Das italienische Verteidigungsministerium integriert Elon Musks Satellitennetzwerk Starlink in das militärische Kommunikationsnetzwerk, Rheinmetall und das von Peter Thiel geförderte kalifornische Rüstungs-Startup Anduril entwickeln in Deutschland ein autonomes Drohnensystem für die NATO, auf das auch die Bundeswehr angewiesen sein wird.

Auch deutsche Polizeibehörden zeigen sich begeistert von den neuen KI-basierten technischen Möglichkeiten. Das Onlinemagazin Telepolis schreibt:

„Palantirs Programme, welche große Datenmengen analysieren, verknüpfen und in ihnen Muster erkennen können, haben sich in der westlichen Welt weitgehend durchgesetzt. Und dies nicht nur bei finanzkräftigen Konzernen, sondern auch bei Geheimdiensten, Streitkräften oder Polizeibehörden. Dieser durchaus illustre Kundenkreis macht Palantir zu einem der umstrittensten Unternehmen der Welt. In Deutschland ist die bundesweite Einführung bei der Polizei umstritten.“

Hessens Polizei nutzt eine angepasste Version der Software von Palantir bereits seit 2017 (unter dem Namen „Hessensdata“), in Bayern und Nordrhein-Westfalen wird sie ebenfalls eingesetzt, in Baden-Württemberg soll sie bald eingeführt werden. Das Bundesverfassungsgericht schränkte jedoch in einem Urteil von 2023 die Nutzung der Software ein. Sie dürfe in Deutschland nur dann genutzt wer-

den, wenn es um gewichtige Straftaten gehe und mindestens eine „konkretisierte Gefahr“ bestehe. Ansonsten sei eine solche KI-Recherche als „unverhältnismäßig“ einzustufen und verstoße gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Nach der Entscheidung des Gerichts war „Hessendata“ exzessiv verwendet worden (vgl. Steinke).

Bundesinnenminister Dobrindt (CSU) plant dennoch die landesweite Einführung der US-Software. Besonders brisant ist die Zusammenarbeit von Palantir mit den US-Geheimdiensten. Denn nach einem Gesetz von 2018, dem Cloud Act, sind amerikanische Unternehmen verpflichtet, Daten auf Anfrage der dortigen Sicherheitsbehörden herauszugeben, selbst wenn diese in Übersee gespeichert sind. Nach Auffassung des Berliner Digital-Thinktanks D64 besteht keine dauerhafte Datensicherheit, selbst wenn in Deutschland das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) eine Chance bekäme, durch eine Überprüfung auszuschließen, dass in einer Palantir-Software Hintertüren für US-Geheimdienste eingebaut sind. Spätestens wenn die Software durch Updates aktualisiert würde, gäbe es keine Klarheit mehr in Sachen Datensicherheit (vgl. Steinke).

In jedem Fall werden auch die deutschen Nachrichtendienste und die Bundeswehr ihre KI-Kapazitäten weiter aufrüsten. Ohne nennenswerte finanzielle Beschränkungen, denn sie sind seit der Verfassungsänderung im Frühjahr 2025 von der Schuldenbremse ausgenommen, begründet durch die angenommene Bedrohungslage durch Russland.

Francesca Bria bringt es abschließend auf den Punkt:

„Es ist wahrhaft paradox: Während die europäischen Regierungen erklärtermaßen nach militärstrategischer Autonomie streben, geben sie zugleich wichtige Teile ihrer Sicherheitsinfrastruktur aus der Hand – und machen sich damit von US-Unternehmen abhängig, deren Bosse dabei sind, die Demokratie in Europa zu untergraben.“ (Bria, Seite 14)

Quellen:

Francesca Bria: „United States of Palantir“, Le Monde diplomatique, November 2025

Christoph Jehle: „Palantir: Wenn Software über Leben und Tod entscheidet“, Telepolis, 22. Dezember 2025

Ronen Steinke: „Wie gefährlich ist Palantir?“, Süddeutsche Zeitung vom 7. August 2025

Elon Musks „Macht-Paket“

Elon Musk winkt ein gigantisches Aktienpaket, das ihn zum ersten Dollar-Billionär in der Geschichte machen könnte. Vorausgesetzt er macht Tesla unter seiner Führung zum weltweit wertvollsten Unternehmen und erreicht in den nächsten zehn Jahren fest definierte Unternehmensziele. Zu den zwölf „Meilensteinen“ gehört, ein bestimmtes Produktionsziel (Autos, Industrieroboter) zu erreichen, den Gewinn massiv zu erhöhen und den Börsenwert rasant von derzeit rund einer Billion Dollar auf mindestens 8,5 Billionen Dollar zu steigern. Für jedes erreichte Ziel bekommt Musk über 35 Millionen Tesla-Aktien, das damit verbundene Stimmrecht darf er allerdings sofort nutzen (25 Prozent stimmberechtigte Anteile) (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 8./9. November 2025). Unter anderem leitet er bereits den Konzern xAI (künstliche Intelligenz), ist Chef der Raumfahrt-Firma Space X und von dessen Tochterkonzern Starlink sowie der Social-Media-Plattform X und war 2016 Mitbegründer von Neuralink (Produzent von Hirnimplantaten).

Für Tesla will Musk den vielfach verwendbaren humanoiden Roboter „Optimus“ entwickeln, von dem mindestens eine Milliarde auf den Markt kommen sollen. Optimus wird, so die Ankündigung Musks, dank künstlicher Intelligenz (KI) als Chirurg mit „einer Präzision, die über das Menschliche hinausgeht“ arbeiten und mit derselben Genauigkeit Waffen bedienen. Der Roboter soll aber in der Vorstellungswelt Musks auch „verurteilten Verbrechern zugeteilt werden, sie verfolgen und weitere Verbrechen verhindern“ (Süddeutsche Zeitung vom 10. November 2025).

Musk geht es also nicht nur ums Geld – sondern auch um zunehmend unkontrollierbaren Einfluss. Denn, so die Süddeutsche Zeitung, das sogenannte Tesla-Vergütungspaket sei in Wahrheit ein „Macht-Paket“ (Süddeutsche Zeitung vom 10. November 2025). Musks Unternehmen müssen deshalb als ein Geflecht ver-

standen werden, mit der KI der Firma xAI als zentrales Element.

„Die Synergien zwischen den Firmen“, schreibt die Süddeutsche, „werden immer offensichtlicher: Musks Raumfahrtfirma Space-X hat schon im Sommer zwei Milliarden Dollar in xAI investiert, das auch die KI für den Chatbot Grok auf Musks Social-Media-Plattform X bereitstellt und den Wikipedia-Abklatsch Grokpedia erstellt hat. Im Masterplan von Elon Musk wird also ein mit xAI-KI ausgestatteter und von Tesla gebauter Optimus-Roboter den Chip für Musks Firma Neuralink entwickeln. Der wird dann in Gehirne eingepflanzt, Neuralink entwickelt Computer-Gehirn-Schnittstellen.“ (ebd.)

Quellen:

Jürgen Schmieder: „Sieht so ein Billionär aus?“, Süddeutsche Zeitung vom 8./9. November 2025

ders.: „Elon Musks Optimismus-Plan“, Süddeutsche Zeitung vom 10. November 2025



Theorie, Praxis und Kritik der kriminellen Ökonomie

BIG Business Crime

Steuerkriminalität

Bericht von der BCC-Fachtagung 2025

Die jährliche Fachtagung von Business Crime Control fand am 25. Oktober 2025 in den Räumen von medico international in Frankfurt am Main statt. Unterstützt wurde sie von Attac, der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen und der KunstGemeinschaft. Eingeladene Gäste waren unter anderem Norbert Walter-Borjans, der ehemalige nordrhein-westfälische Finanzminister

Herbert Storn begrüßte ihn als Vorsitzender von Business Crime Control und würdigte seine Verdienste im Kampf gegen Steuerbetrug. Diesem setzte er nun mit seinen Aktivitäten für die Bürgerbewegung Finanzwende fort. Dort arbeitet er mit Anne Bröhriker zusammen, die bis vor kurzem als Ober-

staatsanwältin federführend bei der Aufklärung von Cum-Ex-Kriminalität war und 2024 auf der Fachtagung von BCC referierte.

Nach einer kurzen Vorstellung der Arbeit des Vereins formulierte Herbert Storn als Gast, aus seinen Erfahrungen Erkenntnisse für den Kampf gegen Steuerkriminalität zu gewinnen. In seinem Vortrag über die Finanzierung der Arbeit des Vereins formulierte Herbert Storn als Gast, aus seinen Erfahrungen Erkenntnisse für den Kampf gegen Steuerkriminalität zu gewinnen. In seinem Vortrag über die Finanzierung der Arbeit des Vereins formulierte Herbert Storn als Gast, aus seinen Erfahrungen Erkenntnisse für den Kampf gegen Steuerkriminalität zu gewinnen.

Unerschrockene Politiker:innen wie er steige oft schon bei der schlichten Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien und der Förderung des Gemeinwohls auf – teilweise erheblichen – Widerstand. Warum diese Dimensionen da tun wäre und welche Maßnahmen dabei beachtet werden seien. Im Mittelpunkt stehe die Frage: Was regeln ihre Grenzen und wie lassen die sich überwinden?

Ein Mitschnitt der Tagung ist auf der Homepage von BCC – www.businesscrime.de – und auf den folgenden Seiten dokumentiert. Als Geschenk zum Abschied wurde Norbert Walter-Borjans, der sich in seiner Freizeit gerne auch bikhauersich betätigt, ein kleiner Quarzstein aus dem Taunus überreicht, den eine Altkammscheibe durchdringt. Quarz ist bekannt für seine Härte. Ähnlich der Härte, mit der sich Superreiche und das große Kapital dagegen wehren, ihren Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten. Und doch kann schon die Nutzung einer CD über harte Gesten durchbrechen.



Beilage zu Nr. 1/2026 von STICHWORT BAYER

EDITORIAL

Liebe Lesenden und Leser,
In ihrem Podcast „Freiheit Deluxe“ auf RR2 hat Agneta Marink am 1. November 2025 mit Anne Bröhriker über ihre wendige gestochene Finanz- und die Schwärze der Bürgerbewegung Finanzwende gesprochen. Dabei ging es auch um die Schwierigkeiten bei der Aufklärung der Bevölkerung über den größten Steuerbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik, dessen juristische Aufarbeitung Bröhriker als Oberstaatsanwältin in Gang gesetzt hat. Warum flaut Cum-Ex nach einem Vorübergehenden wieder ab, obwohl es um Schäden von vielen Milliarden geht und viele Prozesse noch gar nicht begonnen haben?

Anne Bröhriker versucht sich an einer Erklärung: „Was es immer noch ein Phänomen ist, dass wir Wirtschaftskriminalität nicht so schlimm finden wie Verdrängung für Steuerhinterzieher als Sozialhilfebezügler, obwohl Steuerhinterzieher meistens ins viel mehr schuldigen, was so die Summe betrifft. Und da ist ja wirklich die entscheidende Frage, wie zum Teufel kommt das denn, doch gerade die, die uns soziasagen finden. Aber eigentlich bewundern wir sie ja auch, dass sie irgendetwas verachtet werden, die in den Augen der arbeitenden Mehrheit nichts leisten.“

Agneta Marink verweist im Gespräch auf die Kampagne von rechter Medien und Parteien gegen den Sozialhilfebetrag, der erfolgreich skandalisiert werden konnte, weil diejenigen am meisten verachtet werden, die in den Augen der arbeitenden Mehrheit nichts leisten.

Worauf beide nicht eingehen ist der Sündenbock-Mechanismus. Wenn die Mehrheit nicht bereit ist, die Ursachen der ungleichen und ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, bewusst ist in den Blick zu nehmen und etwas dagegen zu tun, liegt es nahe, sich quasi kompensatorisch an denerntschuldigsten zu halten, die zur Diskriminierung fragegebend sind. Wie die Spekulant:innen und Steuerverkürzer befehlen, ziehen sie ebenfalls ein „Steuerloskommen“, aber es ist vom reinen Risiko, so, da für zu verurteilen. Mit den besten Grüßen
Redaktion BIG Business Crime

Impressum:

Sonderausgabe der Zeitschrift
BIG Business Crime

Redaktion:

Gerd Bedszent, Reiner Diederich,
Victoria Knopp, Joachim Maiworm

Herausgeber:

Business Crime Control e.V.

www.businesscrime.de

Februar 2026

Layout: Fabio Biasio